

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts, des Stadtrats und des Finanzamts Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Zeile 20 Rpf., Eingekauft und Reklamen 60 Reichspfennige

Bezugspreis: Für einen Monat 2.- R.-Mk. mit Aufträgen; einzelne Nr. 10 Rpf. :: Gemeinde-Verbands-Kontokonto Nr. 3 :: Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403 Postfachkonto Dresden 125 48

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 76

Donnerstag, am 30. März 1933

99. Jahrgang

Das im Grundbuche für Reichstädt Blatt 68 auf den Namen des Fleischermeisters Ernst Reinhard Priesch in Reichstädt eingetragene Grundstück soll am

10. Mai 1933, vormittags 9 Uhr,

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 44.1 Nr. 60 und nach dem Verkehrswert einschließlich 1500 RM. Wert des Inventars auf 33500 RM. geschätzt. — Die Grundsteuerumlage beträgt 20 400 RM.; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, G. M. S. 72).

Das Grundstück liegt in Oberreichtal an der Hauptstraße und besteht aus Gasthofgebäude, Tanzsaal mit Anbauten, Schlacht- und Wurstküche, Stroh- und Wagenschuppen sowie Hof- und Gartenland mit 15 Obstbäumen.

Die Einflüsse der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 16).

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. März 1932 veräußerten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Versteigerung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprache des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugeben.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Eintragung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Za 735.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 27. März 1933.

Hitler über die Abwehraktion

Erklärungen des Reichskanzlers in der Ministerbesprechung

Vielfach bereits Geschäftschließungen

Berlin, 29. März.

In der Ministerbesprechung am Mittwoch erklärte Reichskanzler Hitler, daß die Vorgänge in Braunschweig vollkommen geklärt seien und daß der Zwischenfall in beiderseitigem Einvernehmen beigelegt worden sei.

Weiter sprach der Reichskanzler über die Abwehrmaßnahmen gegen die jüdische Grenzpropaganda im Ausland. Er betonte, daß diese Abwehr organisiert werden müsse, weil sie aus dem Volke selbst heraus kam und ohne Organisation leicht unerwünschte Formen angenommen hätte.

Gegenüber dieser Gefahr wies der Kanzler darauf hin, daß die Abwehr durch die Organisation fest in der Hand maßgebender Instanzen, also vor allem der Führung der NSDAP, sei. Es werde verhindert werden, daß es zu Bestätigungen persönlicher Art und zu Gewalttätigkeiten komme. Das Judentum müsse aber anerkennen, daß ein

jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland selbst mit voller Schärfe treffe. Der Kanzler wies darauf hin, daß auch heute wieder eine Reihe von Nachrichten aus dem Ausland vorliegen, die den Fortgang der Hege gegen Deutschland beweisen. So wird aus London gemeldet, daß dort immer noch in großer Anzahl Kraftwagen mit Plakaten umherfahren, die zum Boykott gegen Deutschland auffordern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Bewegung gegen Deutschland organisiert ist. Ähnliche Meldungen kommen auch jetzt wieder aus New York. Auch dort geht die Boykotthege gegen Deutschland weiter, vor allem in der Form, daß in Massenversammlungen und durch Radio sogar gegen amerikanische Staatsbürger deutscher Abstammung gehetzt wird.

Der VDZ. zur Grenzpropaganda

Der Verein Deutscher Zeitungverleger hat sich in einer Präsidialsitzung mit den Gefahren der im Ausland betrie-

Derbliche und Sächsisches

Dippoldiswalde. Als eine „Geißel der Menschheit“ haben sich seit Jahrhunderten die Geschlechtskrankheiten gezeigt. Auch heute sind sie es noch, trotzdem man ärztlicherseits ihnen entgegenzutreten weiß. Gegenmittel kennt, sie, wenn zeitig dagegen getan, heilen kann. Aufklärung über diese Krankheiten ist in weitesten Kreisen aber vor allem nötig, wenn man Erfolg erzielen will, und darum ist es dankbar zu begrüßen, daß die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Aufklärungsfilme zur Verfügung stellt. Ein solcher Film, betitelt „Geißel der Menschheit“ wurde gestern abend in der Schulturnhalle Erwachsenen gezeigt, nachdem er in voriger Woche bereits Berufsschülern und Berufsschülerinnen vorgeführt worden war. Dr. Dahmens vom Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt gab dazu die nötigen Erklärungen. Bevor der Film zu laufen begann, begrüßte der Vorlesende des städt. Fürsorge-Ausschusses, Stadtrat Heilmann, namens der Stadt die allerdings nur recht geringe Zahl von Besuchern, waren es doch leider nur etwa 60 Personen. Er dankte auch der Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für unentgeltliche Ueberlassung des Films, dessen Notwendigkeit nicht noch zu unterstreichen nötig sei. Nur in einem gefunden Körper wohne eine gesunde Seele. Aufklärung tue not, vor allem auch nach der Richtung, daß Heilung möglich sei. Er hoffe, daß durch diesen Film der gesundheitslichen Aufwärtsentwicklung im Bezirke die Wege geebnet werden. Der Film behandelt in vier Teilen die beiden Geschlechtskrankheiten Gonorrhoe (Tripper) und die Syphilis. Sehr instruktiv, vielfach in schematischen Darstellungen wurde die Entstehung und Entwicklung dieser Krankheiten und der Kampf gegen sie gezeigt; denn sie sind ja heimeswegs so harmlos, als wie sie oftmals angesehen werden. Beide können in die Blutbahn übergehen, letztere schneller noch als erstere und dann große Veränderungen und schwere Schäden an Körperteilen hervorrufen, ja zu Stochstum, selbst zum Tode führen. Peinlichste Sauberkeit der Kranken selbst wie im Verkehr mit Kranken ist von größter Wichtigkeit. Furchtbar war, anzusehen, was Gonokokken und Spirochaeten, Tripper- und Syphilis-Erreger, anrichten können, wie bei letzteren besonders, schon unheilvolle Kinder bei, ja vor der Geburt infiziert werden können. Befont wurde im Film und auch in den Ausführungen Dr. Dahmens immer wieder, nach der Ansteckung nach Feststellen der ersten Krankheitszeichen so rasch als möglich den Arzt aufzusuchen, da dann auch vollkommene Heilung in Aussicht steht. Wichtig ist bei Syphilis aber auch noch langjährige Beobachtung nach ansehender Abheilung der Krankheit, da eingeschleppte Krankheitserreger plötzlich ohne wahrnehmbare Ursache wieder hervorbrechen können. Zum Schluß wies der Film auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hin.

Dippoldiswalde. „Grün ist die Heide“, diesen prachtvollen Film, der gestern Mittwoch erstmalig in den „Ar. Mi.“ Lichtspielen gezeigt wurde und täglich bis einschließlich Sonntag abend dort läuft, sollte sich eigentlich jeder ansehen. Dieser Film führt den Zuschauer in die Welt des Heidedichters Hermann Löns und zeigt, wie dieser deutsche Menschenhlag an seiner Scholle — der Lüneburger Heide — hängt. ... Lüderßen, der ehemalige Gutsbesitzer, der mit seiner Tochter in einem Häuschen am Walde lebt, und dem ebendem große Stüden des Waldes gehörten, wehrt sich, doch er kann nicht los vom Boden und den Tieren — er wildert jahrelang ohne Wissen seiner Tochter, bis es doch ein schreckliches Ende nimmt. ... Wunderbare Heidelandschaften, prächtige Tieraufnahmen und das freie Leben dieses deutschen Menschenhages sind zu sehen. Durch das Auftreten von drei lustigen Wanderschwärmen („echte Blüten“) im Volksmund „die Monarchen“ genannt, die die Heide kreuz und quer durchwandern, überall

Kaum hat sich erst die Grust über einem unserer beiden Ehrenbürger, Geh. Konfistorialrat D. Hempel geschlossen, ist auch der zweite unserer Ehrenbürger, Oberlehrer i. R. Konrad Knebel in Freiberg, gestern zur ewigen Ruhe eingegangen. Ein Kind unserer Stadt Dippoldiswalde, geboren am 25. Dezember 1856 als Sohn des Riemermeister Knebel, hat er sich, wie er im Vorwort zur Chronik sagt, schon als Kind für die Geschichte seiner Vaterstadt begeistert und 1877 als Lehrer in Alberndorf die Grundlagede zu dem umfassenden Geschichtswerk geschaffen. Als Lehrer in Freiberg und besonders als langjähriger Vorsitzender des Altertumsvereins jener Stadt, die in früheren Jahrhunderten in enger Verbindung mit Dippoldiswalde stand, hat er das Werk weiter ausgebaut. Freudig folgte er daher dem Rufe des Stadtrats, zum 700jährigen Stadtjubiläum 1918 eine Stadtgeschichte zu verfassen. Der Weltkrieg hat damals eine Feier unmöglich gemacht. Die Stadtgeschichte aber, ein umfangreiches Werk voll ungeheurer Arbeit ist im Laufe der folgenden Jahre erschienen und gibt uns tiefen Einblick in die wechselvollen Geschichte unserer Stadt. Als Dank für seine große Arbeit ernannten ihn die städtischen Kollegien 1918 zum Ehrenbürger der Stadt. Wenn in den letzten Jahren auch Krankheit ihn hinderte, seine Vaterstadt aufzujuchen, so hat er doch bis zuletzt mit beifrem Herzen an ihr gehangen. Er war und ist es geblieben auch ein lieber und treuer Freund unserer „Weißeritz-Zeitung“. Nun ist er von uns gegangen. Sein Name aber wird durch sein Werk verbunden bleiben mit unserer Stadt Dippoldiswalde bis in die fernsten Zeiten. R. i. p.

bekannt sind und die schönen und bekannten Lieder Hermann Löns, wie „Grün ist die Heide“, „Wenn der Birnbaum blüht“, „Auf der Lüneburger Heide“ singen und auf der Zupfgeige begleiten, erhält der Film eine besondere Note. — Das Programm ist ebenfalls sehr unterhaltend und abwechslungsreich. Für die Lachmuskeln sorgt in ausgiebiger Weise ein Militärmusikant: „Die erste Instruktionstunde“, der den „Spieß“ der Vorkriegszeit und „ausgeputzte Typen“ von Musikstücken auf der Leinwand erscheinen läßt. — Ein wunderbarer Kulturfilm „Ein Spaziergang durch Potsdam“ zeigt die prächtigen Bauten, Gärten usw.; kurzum, all' die Schönheiten, die eben nur in Potsdam zu sehen sind. — Auch die lönnende Wochenschau ist überaus interessant. Sie bringt u. o. Ausnahmen von der Eröffnung der Automobilausstellung in Berlin durch den Reichskanzler Adolf Hitler. Viele Bilder von der Explosionskatastrophe in Neunkirchen führen dem Zuschauer so recht vor Augen, wie furchtbar und entsetzlich dieses Unglück war, das unsere Brüder an der Saar betroffen hat.

Ab 1. April einhellliche rote Schlußlichter. Vom 1. April ab müssen die Schlußlichter an Kraftfahrzeugen, die rückwärtigen Laternen und die mechanischen Stoppzeichen bei der Dunkelheit oder bei starkem Nebel einhellliches rotes

Licht zeigen. Ausnahmen werden unter keinen Umständen gestattet.

Im Freistaat Sachsen waren bisher die einzelnen marxistischen Blätter, deren Verlagsgebäude fast durchweg von der NSDAP. besetzt gehalten werden, durch Beschluß der zuständigen Polizeibehörden verboten worden. Die Fristen für die Verbote liefen in den einzelnen Orten verschieden lange. Zunächst sind die marxistischen Zeitungen weiterhin durch die zuständigen örtlichen Behörden verboten worden. Man wird nunmehr darauf zukommen, die marxistischen Zeitungen gemeinsam durch eine für den ganzen Freistaat Sachsen geltende Verfügung bis in die zweite Hälfte des Aprils hinein zu verbieten.

Raundorf. Ueber „die Pflege des Kleinkindes“ sprach beim 2. Mütterabend, zu dem der Mütterdienst unserer Kirchgemeinde am Dienstag abend in den Gasthof Raundorf eingeladen hatte, Dr. med. Gernar aus Schmiedeberg. Durch alle Gebiete der Erziehung in den ersten Lebensjahren führend, ausgehend vom Sinn der Erziehung, als Beginn der Erziehung den Tag der Geburt bezeichnend, von falscher und richtiger leiblicher Pflege und Ernährung, übergehend zu den Schwierigkeiten, die sich beim heranwachsenden Kinde einstellen (Kinderläge, Boshaftigkeit usw.), vom Strafen, vom Spielzeug der Kinder, von der Erziehung nervöser Kinder, ausführlich eingehend auf die Aufgaben des Elternhauses beim Schulpflichtigenwerden des Kindes, Zusammenarbeit mit der Schule fordernd, und zuletzt auf das besonders schwierige Gebiet der sexuellen Erziehung eingehend, fanden die Ausführungen mit den vielen eingetreteten guten Ratsschlägen eine dankbare Aufnahme bei den 35 anwesenden Frauen und Müttern aus Raundorf, Raundorf und Obercarsdorf. Mit einer Aussprache und dem Singen von Kinderliedern sowie Entgegennahme von Wünschen für den nächsten Mütterabend fand der Abend anregende Fortleitung und fröhlichen Abschied.

Dresden. Anlässlich des Ablebens der Prinzessin Mathilde hat der Reichskommissar für das Land Sachsen in einem Beileidschreiben an das Familienoberhaupt des Hauses Wettin, Prinz Friedrich Christian, die aufrichtige Anteilnahme der sächsischen Staatsregierung ausgesprochen.

Die Verhaftungen von Stahlhelmführern in der Pfalz aufgehoben.

Berlin. Von der Reichspressestelle des Stahlhelms (S. d. F.) wird mitgeteilt: In der Rheinpfalz sind im Laufe des gestrigen Tages sämtliche Stahlhelm-Arbeitslager von SA. befreit worden. Eine große Anzahl Führer wurde verhaftet und teilweise in SA.-Lager überführt.

Durch eine heute Nacht erfolgte Anordnung der Reichsregierung sind sämtliche Verhaftungen aufgehoben worden.

Dr. Oberfohren legt sein Reichstagsmandat nieder.

Berlin. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Oberfohren (D. V.) hat, wie er mitteilt, sein Reichstagsmandat niedergelegt. Nachfolger ist auf der Liste für Schleswig-Holstein der Malermeister Lange-Wandsbeck.

Wetter für morgen:

Meist schwache Winde aus wechselnden Richtungen. Heiter. Nach kühler Nacht tagsüber ziemlich warm. Keine Niederschläge.

benen Greuelpropaganda gegen Deutschland eingehend beschäftigt. Er ist in Übereinstimmung mit der Reichsregierung der Auffassung, daß den Auswirkungen dieser Hege, die erneut eine moralische Entkräftung unseres Landes herbeiführen droht, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden muß. Er hofft daher, daß die von der NSDAP angekündigte Abwehraktion den Treibern der Hege im Ausland die Folgen vor Augen führen wird, die für diejenigen eintreten, zu deren angeblicher Verteidigung diese Greuelpropaganda entfesselt worden ist.

Mit der Reichsregierung ist der Verein Deutscher Zeitungsverleger davon überzeugt, daß die Entschlossenheit des deutschen Volkes, eine neue Verfemung nicht wieder hinzunehmen, bereits ausreichen wird, um diesen grohangelagten Versuch einer moralischen Isolierung und einer schweren politischen und wirtschaftlichen Schädigung unseres Vaterlandes im Keime zu ersticken.

Die Amerikaner sollen sich selbst überzeugen

Die Hamburg-Amerika-Linie hat zur Abwehr der ausländischen Greuelpropaganda u. a. auch den Präsidenten der Deutsch-amerikanischen Handelskammer, Hermann A. Weg, in einem längeren Telegramm gebeten, sich im Interesse der deutsch-amerikanischen Beziehungen gegen die unwahren Greuelmeldungen in amerikanischen Zeitungen zu wenden.

Um dieselbe Kreise in Amerika von der Unwahrhaftigkeit der gegen Deutschland gerichteten Propaganda zu überzeugen und der amerikanischen Öffentlichkeit ein Bild von der tatsächlichen Situation in Deutschland, die durch absolute Ruhe und Ordnung gekennzeichnet ist, zu vermitteln, sei die Hagap bereit, einige prominente amerikanische Bürger zu einer Informationsreise nach Deutschland einzuladen.

SA-Abwehr

Gegen jüdische Geschäfte.

Berlin, 30. März.

Aus einer Reihe von Städten wird berichtet, daß auf Einshreiten der SA jüdische Geschäfte zur Schließung ihrer Geschäfte veranlaßt wurden. Viele Ladeninhaber hatten bereits von sich aus ihre Pforten geschlossen. In Görlitz wurden mehrere jüdische Rechtsanwälte und Geschäftsleute verhaftet.

Ein Trupp SA-Leute marschierte durch die Breitenstraße, die Hauptgeschäftstraße Stettins, und besetzte die Eingänge der jüdischen Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte. Kurze Zeit später, nachdem das Publikum die Verkaufsräume geräumt hatte, wurden die besetzten Geschäfte auf Anordnung der Geschäftsleitungen geschlossen.

Auch in Altona setzte am Mittwoch bereits vereinzelt die nationalsozialistische Boykottpropaganda gegen jüdische Geschäfte ein. Eine Reihe von Geschäften haben von sich aus die Türen geschlossen.

In Lüneburg wurden mehrere jüdische Geschäfte und Büros von SA-Leuten besetzt und geschlossen, u. a. die Karstadt-Filiale, ein Einheitspreisgeschäft, das Bankhaus Kay und das Rechtsanwaltsbüro von Dr. Strauß.

Ebenso wurde in Bernigerode durch SA die Schließung der jüdischen Geschäfte in der Stadt vorgenommen. Außerdem nahm die SA die jüdischen Haushaltungsvorstände fest, deren Freilassung aber veranlaßt wurde.

In jüdischen Geschäften in Eberswalde erschienen Abordnungen von Nationalsozialisten, die die sofortige Schließung der Geschäfte und die Entlassung sämtlicher Angestellten forderten.

In Bad Freienwalde fand der übliche Jahrmarsch statt, dem die jüdischen Händler ferngeblieben sind, so daß nur etwa die Hälfte aller gemeldeten Händler erschienen ist. Vor den jüdischen Geschäften wurden SA-Posten mit Schildern aufgestellt, die die Besoldigung vor dem Einkauf in jüdischen Geschäften warnen.

In Schwedt a. d. O., wo gleichfalls SA-Posten vor den jüdischen Geschäften aufgestellt wurden, sind diese nach Verhandlungen mit der Ortspolizeibehörde wieder zurückgezogen worden. Auch in Prenzlau, wo Schilder und Plakate zu Boykottmaßnahmen ausgegeben wurden, wurde die Aktion nach Verhandlungen zwischen der Ortspolizei und der Parteileitung der NSDAP wieder zurückgezogen.

Wie von der Zittauer Polizeibehörde mitgeteilt wird, werden die Ehepaare-Filiale und das jüdische Manufakturwarengeschäft Fleck & Co. aus Gründen der öffentlichen Sicherheit bis auf weiteres geschlossen.

Bier jüdische Rechtsanwälte sind in Frankfurt a. M. in Schutzhaft genommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich Universitätsprofessor Dr. Singheimer (SPD), der frühere Frankfurter Polizeipräsident.

Die Organisierung des Abwehrtamples

Mit dem Bekanntwerden des Aufrufes der Parteileitung der NSDAP zum Abwehrtampfe gegen die Greuelpropaganda fehlen in sämtlichen Parteiorganisationen der NSDAP die Vorbereitungen zu diesem Abwehrtampfe ein. In Groß-Berlin hat sich ein zentrales Aktionskomitee gebildet, um eine planmäßige Durchführung des Boykotts sicherzustellen. Es werden vor allen Dingen Adressen der jüdischen Geschäfte, jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte gesammelt und außerdem wird durch Fachleute festgestellt, welche Waren in den Boykott einbezogen werden sollen. Es ist damit zu rechnen, daß am kommenden Sonnabend, wie es bereits im Aufruf heißt, der Boykott schlagartig und planmäßig durchgeführt wird, da der Partei noch zwei volle Tage zu den Vorbereitungen zur Verfügung stehen.

Fortdauer der jüdischen Protestkampagne

Der Amerikanisch-Jüdische Kongress kündigte Protestversammlungen in weiteren 30 Städten an, nachdem bereits 200 Protestversammlungen in amerikanischen Städten stattgefunden haben. Die Leiter jüdischer Organisationen, Rabbiner Wise und Deutsch, haben einen Aufruf zu einer Sammlung zwecks Bekämpfung des Antisemitismus erlassen. Der Kampf dürfe nicht eingestellt werden, „bis den Juden in Deutschland und in anderen Ländern Gerechtigkeit widerfahren sei.“

Der von Tammany Hall beherrschte New Yorker Stadtrat hat einstimmig beschlossen, die Regierung der Vereinigten Staaten zu ersuchen, bei der deutschen Regierung wegen der „Judenverfolgungen“ vorfälliger zu werden.

In Rio de Janeiro ist eine jüdische Protestkundgebung gegen die Judenverfolgungen in Deutschland geplant.

Associated Press meldet aus der Stadt Mexico: In einer Kundgebung protestierten etwa tausend Juden gegen die Behandlungen der Juden in Deutschland.

Gleichhaltung

Der Gesetzentwurf vor dem Reichskabinett.

Berlin, 30. März.

Zuverlässig verlautet, daß der Reichsinnenminister dem Kabinett in der Ministerbesprechung den Gesetzentwurf über die Gleichhaltung der Länder mit dem Reich vorgelegt hat. Dieser Gesetzentwurf sieht eine Vereinfachung der Landesgesetzgebung überhaupt vor und bestimmt im besonderen, daß die Volksvertretungen der Länder mit Ausnahme des Preussischen Landtages aufgelöst und neu gebildet werden. Diese Neubildung erfolgt nach dem Verhältnis des Ergebnisses der letzten Reichstagswahl, und zwar werden die Stimmen zugrunde gelegt, die sich am 5. März innerhalb jedes einzelnen Landes ergeben haben. Für die neuzubildenden Landtage wird eine Mandatszahl festgesetzt. Ferner sollen Bestimmungen getroffen werden, durch die dieselbe Gleichhaltung in den Gemeindefeststellungsverordnungen erreicht wird.

Auch hier wird das Ergebnis des 5. März als Schlüssel zugrunde gelegt und ebenso werden je nach der Größe der Gemeinden auch Höchstzahlen für die Mandate bestimmt. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß dieses Gesetz noch bis Ende der Woche auch dem Reichsrat zur Kenntnis gebracht wird, so daß es am 1. April in Kraft treten kann. Im Laufe des Monats April wird dann die politische Gleichhaltung in den Volksvertretungen der Länder und Gemeinden praktisch durchgeführt werden.

Verkleinerung voraussichtlich um ein Fünftel

Berlin, 29. März. Nach dem in Aussicht genommenen Verrechnungsjahres würde der Bayerische Landtag 113 Abgeordnete erhalten, der sächsische Landtag 77 (bisher 96), Hamburg 128, Bremen 96, Lübeck 64 usw., also im allgemeinen 20 v. H. weniger als die bisherigen Abgeordnetenzahlen. Eine Entscheidung dürfte jedoch vor der am Freitag stattfindenden weiteren Kabinettsitzung kaum zu erwarten sein.

Beschlüsse des Reichskabinetts

Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes.

Berlin, 29. März.

Amlich wird mitgeteilt: „Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit einem Gesetzentwurf des Reichsministeriums des Innern über die Gleichhaltung der Länder und Gemeinden mit dem Reich. Die Beratungen hierüber werden am Freitag fortgesetzt werden. Ferner genehmigte das Reichskabinett die nachträgliche Feststellung des Reichshaushaltsplanes für 1932 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes sowie den Voranschlag des Reichsfinanzministeriums für das erste Viertel des Haushaltsplanes 1933. Die persönlichen Ausgaben bleiben hierbei die gleichen wie bisher. Die sachlichen haben eine Kürzung erfahren. Genehmigt wurden ferner die Garantiermächtigungen für den Außenhandel, für die Getreidebewegung und für die Seefahrt sowie die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes, das mit dem 1. April außer Kraft tritt.“

Gleichzeitig wurde ein Gesetzentwurf über Räumungsfristen verabschiedet, der zugunsten der Mieter Härten beseitigt, die durch die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes entstehen könnten. Noch nicht abgeschlossen wurden die Beratungen über einen Gesetzentwurf betreffend Zulagen und Vergütungen für die nebenamtliche Tätigkeit von Beamten. Der vom Reichswirtschaftsminister vorgelegte Gesetzentwurf über die Auflösung und Neubildung des Reichswirtschaftsrates wurde ebenfalls verabschiedet.

Reichswirtschaftsrat aufgelöst

Einberufung einer neuen Körperschaft.

Berlin, 30. März.

Aus dem Gesetz über Abänderung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates werden Einzelheiten bekannt. Danach wird der bisherige vorläufige Reichswirtschaftsrat mit sofortiger Wirkung aufgelöst. An seine Stelle tritt ein neuer vorläufiger Reichswirtschaftsrat, in welchem der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung bis zu höchstens 60 Mitglieder berufen wird. Die Mitglieder werden für vier Jahre einberufen. In jedem Jahr vom Ende des Jahres 1934 an scheidet ein Viertel der Mitglieder aus und kann durch neue Mitglieder ersetzt werden. Wiederberufung ist zulässig.

Das Gesetz regelt im übrigen die Bildung von Ausschüssen in neuartiger Weise. Neben den ständigen und nichtständigen Ausschüssen, die nur aus Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates bestehen können und außenstehende Persönlichkeiten nur als Sachverständige zuziehen dürfen, können ständige oder nichtständige Sonderausschüsse beim Reichswirtschaftsrat durch Verordnung des Reichspräsidenten oder Anordnung der Reichsregierung gebildet werden. In diese Sonderausschüsse können auch Persönlichkeiten mit vollem Stimmrecht berufen werden, welche nicht Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sind. Zusammenfassung, Aufgaben und Befugnisse dieser Sonderausschüsse werden jeweils durch den Reichspräsidenten oder die Reichsregierung bestimmt.

Keine Gehaltskürzung

Zu den Beratungen des Reichskabinetts erfahren wir weiter, daß die Garantiermächtigungen, die in der amtlichen Mitteilung erwähnt werden, sich auf alle Kredite beziehen, für die schon früher Garantien geleistet wurden, und zwar han-

delt es sich um 75 Millionen für den Außenhandel, 39 Millionen für die Getreidebewegung und 74 Millionen für die Seefahrt.

Was die Etatsfragen anlangt, so sind die sachlichen Ausgaben auf ein Fünftel der Ansätze des vorjährigen Etats begrenzt. Von dem neuen Voranschlag, der bereits erheblich gesenkt ist, darf nicht mehr als ein Viertel für ein Quartal ausgeben werden. Von Interesse ist auch die ausdrückliche Betonung, daß eine Kürzung der personellen Ausgaben nicht vorgesehen ist. Damit wird erneut unzweifelhaft den von Zeit zu Zeit immer wieder auftauchenden Gerüchten über eine neue Senkung der Beamtengehälter die Spitze abgebrochen. Allerdings sollen Beamte in Zukunft nur dann noch Nebenbeschäftigungen ausüben können, wenn im freien Arbeitsmarkt für diese besonderen Aufgaben keine geeigneten Personen gefunden werden können. Das ist an sich eine Bestimmung, die schon früher galt, ohne jedoch streng durchgeführt worden zu sein; sie wird jetzt sehr genau zur Anwendung gebracht werden.

Die Boykottbewegung im Reich

in völliger Ruhe

Die Boykottbewegung setzte überall spontan am Mittwochmorgen ein. So meldet Münster, daß SA-Leute vor den großen jüdischen Geschäften Aufstellungen nahmen. Sie verwehrten dem Publikum nicht den Zutritt, sondern versuchten, auflärend auf die Käufer einzuwirken, diese Geschäfte zu meiden und nur bei deutschen Geschäftsleuten zu kaufen. In den Gerichten werden jüdische Rechtsanwälte nicht mehr hereingelassen und in den Zeitungen Inserate jüdischer Firmen nicht mehr aufgenommen. Am Nachmittag hat eine Reihe von jüdischen Geschäften ihren Betrieb freiwillig geschlossen, darunter auch das große Kaufhaus Althoff. Auf dem Schlachthof beslagnahmten SA-Leute die Schächtmesser. Jüdischen Hochschullehrern wird das Betreten der westfälischen Landesuniversität verweigert.

In Essen nimmt die Boykottbewegung ihren Fortgang. Auch hier fordern SA-Leute die Käufer auf, nur bei deutschen Geschäftsleuten zu kaufen. Mehrere jüdische Geschäftsleute haben freiwillig den Betrieb eingestellt. Die ganze Aktion wickelt sich in völliger Ruhe ab.

Görlitz meldet, daß im Verlauf der nationalsozialistischen Vergeltungsaktion für die Greuelpropaganda und Boykottbewegung gegen Deutsche im Ausland gegen jüdische Richter, Rechtsanwälte und Geschäftsleute 37 Personen als Schutzhäftlinge in das Polizeigefängnis eingeliefert wurden, und zwar zwei jüdische Richter, fünf jüdische Rechtsanwälte und dreißig jüdische Geschäftsleute.

Prag bedauert

Auf die letzte schriftliche Protestnote des deutschen Gesandten in Prag wegen der deutschfeindlichen Hegepropaganda einiger Zeitungen teilt das tschechoslowakische Außenministerium mit, daß es die Schreibweise dieser Zeitungen durchaus bedauere und alles, was in seiner Macht stehe, tun werde, um diese Presse zu einer maßvolleren Haltung der deutschen Regierung und den deutschen Ereignissen gegenüber zu veranlassen.

Neugestaltung des IFA-Bundes

Rücktritt des Bundesvorsitzenden Aufhäuser

Berlin, 30. März.

In der erweiterten Vorstandssitzung des Bundesverbandes des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes wurden die für den Weiterbestand der Gewerkschaft erforderlichen Maßnahmen erörtert.

Der Vorstand bekannte sich zum Grundsatz des Kollektivvertrages sowie zur Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Parteien und brachte den festen Willen zum Ausdruck, auch für die Zukunft die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Angestellten mit unverminderter Kraft wahrzunehmen. Der bisherige Bundesvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, ist angesichts der politischen Lage auf eigenen Wunsch von seinem Amt zurückgetreten.

Der Vorstand beschloß ferner, eine organisatorische Neuordnung mit dem Ziele anzustreben, daß das Schwergewicht in die einzelnen Berufsverbände verlegt werden soll. Zu diesem Zwecke ist ein Organisationsausschuß aus drei Vorstandsmitgliedern gebildet worden. Bis zu der von der Reichsregierung geplanten Neuregelung des Gewerkschaftswesens wird der stellvertretende Bundesvorsitzende Wilhelm Stähr die Geschäfte des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes führen.

Mitarbeit des Handwerks

Entschließung des Vorstandes des Handwerks- und Gewerbetammertages.

Hannover, 30. März.

Der Vorstand des Deutschen Handwerks- und Gewerbetammertages beschloß, folgende Entschließung an die Reichsregierung zu richten:

Der Vorstand des Deutschen Handwerks- und Gewerbetammertages begrüßt es mit Genugtuung, daß durch die Wahlen vom 5. März und durch die in überwältigender Mehrheit durch den Reichstag der Reichsregierung gegebene Ermächtigung die Voraussetzungen für eine planmäßige Politik der nächsten vier Jahre geschaffen wurde, eine Voraussetzung, die nach der Unrast der Vergangenheit Ruhe und Ordnung verbürgt, zugleich aber auch die Möglichkeiten für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft gewährleistet.

Die berufliche Spitzenvertretung des Handwerks stellt sich, getragen von dem Bewußtsein, daß auch die Kräfte des Handwerks nur in einem starken, einigen Deutschland wurzeln, der nationalen Regierung reiflos zur Verfügung. Wir wiederholen die bereits dem Herrn Reichskanzler mündlich ausgesprochene Bereitwilligkeit, getreu der sozialen Mission des Handwerks, an dem Wiederaufbau der deutschen Volksgemeinschaft mitzuhelfen; das Trennende zurückzulassen und an der Sammlung aller arbeitswilligen Kräfte mitzuwirken, bleibt das Gebot der Stunde.

In diesem Sinne erwartet der Vorstand des Deutschen Handwerks- und Gewerbetammertages auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Reichsregierung mit der berufständischen Organisation des Handwerks und verweist auf die vom Reichsverband des Deutschen Handwerks aufgestell-



Höherer Polizeiführer für Mitteldeutschland. Der bisherige Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Poten, wurde zum höheren Polizeiführer in Mitteldeutschland ernannt.

ten wirtschaftspolitischen Grundforderungen. Er erhofft in wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht die Anerkennung der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Handwerkswirtschaft.

Das Flugzeugunglück von Digmuiden Eine Deutsche Opfer des Flugzeugunglücks.

Brüssel, 29. März. Nach den letzten Feststellungen der belgischen Fluggesellschaft Sabena befand sich unter den tödlich verunglückten Fahrgästen des bei Digmuiden abgestürzten englischen Flugzeuges nur ein einziger deutscher Fahrgast, nämlich Fräulein Voh, die aus Barmen stammend, in Köln an Bord angekommen war.

Allerlei Neuigkeiten

Voruntersuchung gegen von Contard. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I Berlin hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung gegen den Generaldirektor Paul von Contard wegen Desinfektionsgehens und unrichtiger Vermögensdeklarierung eröffnet. Der Angeklagte ist wieder verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Leichenfund. — Mord? In der Nähe des Bahnhofes Fürstendamm in Spandau wurde nachts auf dem Fahrdamm die Leiche eines jungen Mannes gefunden. Es handelt sich um den 27 Jahre alten Arbeiter Fritz Kalle aus Siemensstadt. Kalle ist offenbar das Opfer eines Messerattentates geworden. Die linke Brustseite des Toten wies drei tiefe Stiche auf, die den Tod verursacht haben. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Die Ermittlungen sind im Gange. In politischer Richtung hatte sich Kalle nicht betätigt. Man vermutet vielmehr, daß er mit einem Unbekannten in Streit geraten ist.

Familientragödie im Sühndorf. In Rothhöhe im Sühndorf wurden der Oberförster Schmidt und sein achtjähriger Sohn in ihrem Blute liegend tot aufgefunden. Die Frau des Oberförsters lag tot auf einem Stuhle. Die Untersuchung ergab, daß der Oberförster seinen Sohn und sich selbst erschossen und daß die Frau Selbstmord durch Gasvergiftung begangen hat. Der Beweggrund der Tat ist noch ungeklärt.

Todesopfer vom Hermanns-Denkmal. Der etwa 35 Jahre alte Reisevertreter Ranzau aus Langenhagen bei Bielefeld sprang, wahrscheinlich in einem Anfall religiösen Wahnsinns, von der etwa 23 Meter hohen Galerie des Hermanns-Denkmal in die Tiefe. Er starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Ranzau hatte sich vor dem Abprung ein Gebetbuch am Arm festgebunden.

Die Explosionskatastrophe in Haltern hat ein fünftes Todesopfer gefordert. Im Krankenhaus ist ein SA-Mann seinen schweren Brandwunden erlegen. Das Befinden mehrerer anderer Schwerverletzte gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Schreckliche Bluttat einer Ehefrau. In Langenberndorf bei Zwickau hat die Ehefrau Bärenwald ihren Mann getötet, indem sie ihm mit Beilhacken den Kopf vom Rumpf trennte. Die Frau, deren Ehe unglücklich gewesen sein soll, wurde in Haft genommen.

Was sind „marxistische“ Elemente? Der Magistratsdegrement für das städtische Gesellschaftswesen Berlin, Staatskommissar Bürgermeister Dr. Marek, hatte vor etwa einer Woche angeordnet, daß zur Befreiung von marxistischen Elementen, die der nationalen Erhebung feindselig gegenüberstünden, von der Möglichkeit der fristgemäßen Kündigung, insbesondere am 1. April, Gebrauch zu machen sei. Mit Rücksicht auf Zweifel, welche bei der Ausführung dieser Anordnung entstanden waren, ist nunmehr folgende Ergänzungsanordnung getroffen worden: „Als marxistische Elemente, welche der nationalen Erhebung feindselig gegen-

übersehen, sind anzusehen: 1. Angehörige der Kommunistischen Partei und frühere Funktionäre dieser Partei. 2. Angehörige der Sozialdemokratischen Partei, die sich entweder als Funktionäre der Partei oder als Funktionäre der marxistischen Gewerkschaften betätigt haben bzw. sich noch betätigen oder aber durch ihr sonstiges Verhalten zu erkennen gegeben haben, daß sie Wortführer oder Vorkämpfer des Marxismus sind. Dagegen fallen einfache Angehörige der SPD, die offenbar innerlich für die nationale Sache gewonnen werden können, nicht unter die erwähnte Anordnung.“

Staatskommissare für Bochum und Dortmund

Mit Zustimmung des preussischen Innenministers hat der Regierungspräsident den Chefredakteur der nationalsozialistischen „Rote Erde“, Dr. Piclum, zum Staatskommissar für die Stadt Bochum bestellt. Gleichzeitig wurde der Prokurist Bruno Schiller aus Dortmund zum Staatskommissar für die Stadt Dortmund ernannt.

Kreistagswahl in Prüm ungültig.

Der Kreistag Prüm (Eifel) erklärte die am 12. März getätigte Kreistagswahl einstimmig als ungültig. Es war festgestellt worden, daß im Amtsbezirk Winterscheid in acht Fällen die Stimmzettel von Kranken, die nicht zum Wahllokal gehen konnten, durch Mitglieder des Wahlvorstandes in den Häusern eingesammelt, zum Wahllokal gebracht und dort in die Urne geworfen wurden. Infolge dieser unzulässigen Handlungsweise mußte die ganze Kreistagswahl als ungültig erklärt werden.

In Hessen keine Gehälter über 1000 RM monatlich.

Das hessische Gesamtministerium hat verordnet, daß die Dienstbezüge der Beamten und Angestellten des Landes, die Ruhegehälter und die Hinterbliebenenbezüge ab 1. April nur bis zum Betrag von 1000 RM im Monat ausbezahlt werden. Die Vorschriften gelten auch für die Zahlung der entsprechenden Bezüge durch die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Lebens.



Heines, Polizeipräsident von Breslau. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Edmund Heines wurde zum Polizeipräsidenten von Breslau ernannt.

Turnen und Sport

Die Deutsche Turnerschaft befaßt sich in einer Vorstandsitzung mit der Frage der Aufnahme von Mitgliedern und Vereinen des Arbeiter-Turn- und Sportvereins. Ganze Vereine aus dem bisherigen Arbeiterkretz dürfen nicht aufgenommen werden. Bei Einzelmitgliedern muß die schriftliche Anerkennung des § 2 der DT-Satzungen verlangt werden, es soll aber die größte Vorlicht bei der Aufnahme geübt werden, um die Gefahr der Zellenbildung und Ueberfremdung in den DT-Vereinen zu verhindern. Zur Uniform- und Flaggenfrage erklärt der Vorstand der DT, daß bei Versammlungen oder Veranstaltungen der Vereine der DT das Tragen von Uniformen der SA, SS oder des Stahlhelm selbstverständlich gestattet ist.

Ein Todessturz ereignete sich beim Training auf der Erfurter Stadtbahn. Der Thüringer Bundesamateur Harald Frenk, der auch der BVM-Nationalmannschaft angehört, fuhr in starkem Tempo gegen die eiserne Umzäunung und war durch den wichtigen Anprall auf der Stelle tot.

Beim Tennisturnier in San Remo kam Elio Kuhem zu einem zweiten Erfolg. Im Damendoppel siegte die Köhnerin mit der Amerikanerin Elizabeth Ryan 2:6, 6:4, 6:2 über Frau Burke-Fri. Thomas.

Ludwig Haymann kam sich nicht vom Boxring trennen. Er soll bei einer Veranstaltung Anfang April in München den Hauptkampf gegen Paul Wälnner oder Willi Müller bestreiten.

Die Glasgow Rangers, der schottische Fußballmeister, wurde vom DFB für fünf Spiele in Deutschland gegen Verbands- und Bundesmannschaften verpflichtet. Das erste Spiel soll bereits Anfang Mai an einem Wochenende in Berlin ausgetragen werden.

Der Deutsche Schwimm-Verband nimmt in einem Aufruf des Hauptvorstandes Stellung zu der neuen politischen Lage. Er erwartet von allen seinen Vereinen und Mitgliedern, daß sie sich als lebendige Glieder der deutschen Volksgemeinschaft willig und treu in den Dienst der erhabenen neuen Bewegung und damit geschlossen hinter die nationale Regierung stellen.

Zwei Todesopfer hat der deutsche Sport wieder zu beklagen. In Breslau erlag plötzlich einem Herzschlag der bekannte Schrittmacher P. Trenczik, der u. a. die tödlich verunglückten Dauerfahrer Scheuermann und Feja geführt hat. — Im Alter von nur 26 Jahren verstarb in Berlin Erwin Draeger, der als Rugby-Spieler mehrfach repräsentativ für Berlin und auch schon international tätig war und sich in letzter Zeit auch als Sportjournalist und Photograph betätigt.

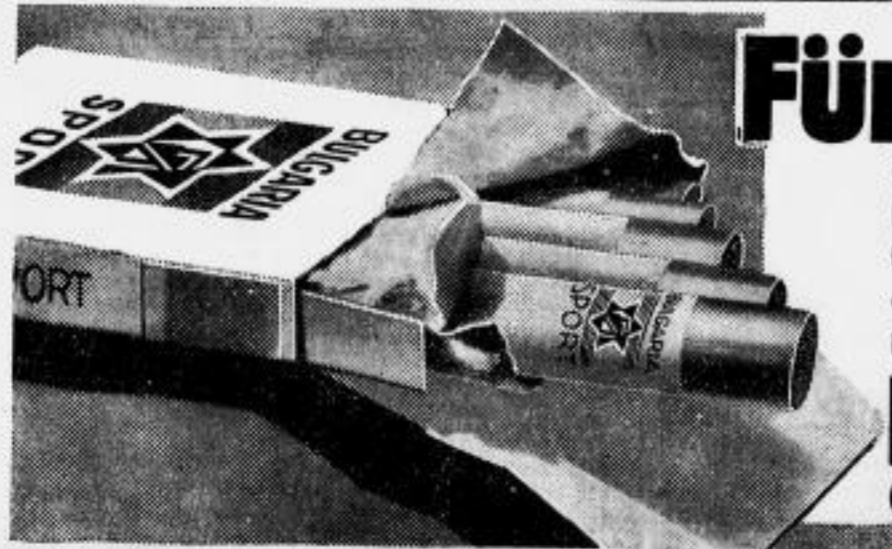
Hans Müller, der Rätler Weltgewichtsboxer, kam in Newark zu einem neuen Erfolge. In einem Zehnrundenkampf besiegte er den Amerikaner Benny Levine überlegen nach Punkten.

Vertikales und Sächsisches

Volkszählung 1933. Von amtlicher Stelle wird jetzt festgestellt, daß die nächste Volks-, Berufs- und Betriebszählung gesichert ist. Sie soll im Juni d. J. stattfinden. Die letzte Volks-, Berufs- und Betriebszählung wurde 1925 vorgenommen.

Der Vorstand des Deutschen Bürgermeisterrates veröffentlicht folgende Erklärung: „Der Deutsche Bürgermeisterrate erachtet sich mit seinen Mitgliedern zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Staatsregierung, um die besten Kräfte der Nation der Verwaltung der Gemeinden zu erhalten und sie ihr zuzuführen, damit der alte achtsame Stand des ehrbaren, sparsam wirtschaftenden und verantwortungsbewußten altpreussischen Berufsbeamtenstandes, insbesondere in den wichtigen leitenden Stellen der Gemeindeverwaltungen in Stadt und Land bald völlig wieder hergestellt sein möge. Der Deutsche Bürgermeisterrate hat von jeher unerbittlich dahin gestrebt, daß nur gekulte Fachbeamte als leitende Gemeindevorstandsbeamte verwandt würden. Wir haben daher Verständnis dafür, daß die nationale Regierung mit starker Hand eingreift, um Beamte, welche ohne diese so notwendige Vorbildung und Eignung in ungerechter Bevorzugung vor den Berufsbeamten durch Parteizugang ins Amt gelangt sind, aus diesen Ämtern wieder zu entfernen. Wir haben auch volles Verständnis dafür und müssen es im Interesse der absoluten Sauberkeit unseres hohen Berufsstandes nach wie vor dringendst fordern, daß Gemeindebeamte, welche nicht in treuer Pflichterfüllung zu Volk und Staat maßlos geblieben sind, im Rahmen der Disziplinar- und Strafrechtspflege rückwärtslos zur Rechenschaft gezogen werden. Ebenso entschieden aber müssen wir uns für alle bisher einwandfreien Gemeindevorstandsbeamten einsetzen. Fallen solche tadelfreie Beamte ohne ihr Verschulden dem politischen Wechsel zum Opfer, so müssen den Beamten die Rechte, die sie sich in oft langer Lebensarbeit, insbesondere in den schwierigen Kriegsjahren erworben haben, in vollem Umfang gewahrt bleiben, wenn der Staat ein Staat des Rechts bleiben soll. Wir glauben weiter aber auch mit der Staatsregierung darin einig zu gehen, daß örtliche Uebergriffe gegen einzelne einwandfreie Gemeindevorstandsbeamte, wie sie sich über Maß und Ziel weit hinausgehend zugetragen haben, von der Staatsregierung ebenso scharf verurteilt werden wie von uns und sind dankbar dafür, daß solche örtliche Sonderaktionen nunmehr durch höhere Anordnung unterbunden und in manchen Fällen übertriebene Maßnahmen gegen leitende Gemeindevorstandsbeamte bereits wieder rückgängig gemacht worden sind und hoffentlich weiter rückgängig gemacht werden.“

Blaschütte. Pfarrer Gilbert, Schellerbau, legte am Dienstagabend die Reihe der von der Kirchgemeindevertretung veranstalteten religiösen Vorträge fort und zwar mit dem Thema: „Unterlegener oder Sieger über alle Welt“. Pfarrer Beer wies eingangs auf den Text des 98. Psalmes hin, wo in Vers 10 schon das Thema des Abends insofern behandelt werde, als der in Not geratenen Menschen der Weg gemessen werde. Er bat, mit besonderer Andacht dies Lied zu singen. Der Redner des Abends führte zunächst unzählige Fälle aus dem Leben des Einzelnen an, wo er immer der Unterlegene geblieben sei, wie er — außer in seiner Jugendzeit — gegen dieses Unterlegen sein einen heroischen Kampf geführt habe, dort, wo er in das sogenannte Leben hinausgetreten, mit seinem Schmutz in Berührung gekommen sei, wo seine Ideale zerbrochen. Schon bei dem Kampf gegen unser eigenes Ich, gegen die Sünde, gegen die Sünde, niemals habe uns der innere Frieden aus den Augen gelehrt, vornehmlich bei den Gedanken an das Sterben. „Was ist das für eine Angst vor dem Sterben!“, rief er. „Warum versuchen wir, nicht daran zu denken?“ Die Angst vor dem Gericht sei es, wo uns auch Gelehrte nicht darüber weghelfen können. Und in Bezug auf die verschiedenen Auffassungen der Menschen vom Leben, diese, welche das restlose Auskosten des Lebensbewußtseins vertritt, jene, die den Grundsatz voranstellt: „Arbeiten und nicht verzweifeln“ und eine andere, wo tiefste Resignation den Stempel aufdrückt, kam er auf die Sehnsucht der Menschen nach dem Sieg, nach der Freiheit zu sprechen. Er stellte die Frage: Ist das möglich, Sieger sein? Er kenne einen, der einstmals über diese Erde gegangen, mit beiden Füßen mitten drinnen in dieser Welt und doch auch über dieser Welt gestanden habe — Jesus! Er starb für uns, für unsere Sünde. Das wurde zur Brücke über den W-



Für Qualitäts-Raucher

ist es geradezu eine Beruhigung, daß es eine 3 1/3 gibt, die den Begriff der Qualität hoch hält.

Die kostbaren bulgarischen Edel-Tabake im sparsamen, praktischen Staniol-Volleinschlag sind für den Qualitäts-Raucher so wichtig, daß er, ebenso wie wir, Packungs-Luxus als Verschwendung empfinden würde.

Denn eins von beiden ist nur möglich: Tabak-Qualität oder Packungs-Luxus.

BULGARIA SPORT 3 1/3

GOLD UND OHNE

Mit neuen Bildern: „Ruhmreiche Fahnen Deutscher Geschichte“

grund, der zwischen uns und Gott sich aufgetan hat. Der Mensch soll keine Angst haben, wenn er drohe zusammenzubrechen, wer ihm sein Herz gebe, der sei frei. Jesus hätte an seiner Statt gelitten. Wir würden einmal Sieger, durch den Glauben und zum andern durch die vollbrachte Tat auf Golgatha. Nicht, daß wir keine Sorgen hätten, aber wir sehen sie mit anderen Augen an. Wir würden stiller. Größer als die Sünde sei das Erbarmen des Heilands. Zu dieser Erkenntnis durchgerungen, ständen wir nun unter dem Kreuze, auf dem Wege ins Licht, in die Heimat der ewigen Liebe, in die Herrlichkeit. Jetzt sei das Leben erst schön, wenn man die Herrlichkeit, die in der Heimat der ewigen Liebe sei, dankt. Der Herr Gilbert am Schluß seines Vortrages, daß er aus dem Sieg gegeben, durch Jesus Christus. Mit einem Geiz, in dem er Gott um die Festigung unseres Glaubens bat, und von den Zuhörern gemeinsam gesungenen 78. Gesangbuch (1.) fand der Abend seinen Ausklang.

Classifikation. Die zweite Schulzahnuntersuchung im Schuljahr 1932/33 ergab einen weiteren erheblichen Rückgang sowohl der Zahl der cariösen Milchzähne wie auch der cariösen bleibenden Zähne. Ich gebe im folgenden Schema einen Überblick über die erste Untersuchung im Januar 1931 und die im Januar 1933.

Untersuchung	Zahl der (fehlende) Kinder	Cariöse Milchz.	Cariöse bleib. Z.	Sanierete Gebisse	
Januar 1931	332	(4)	994	538	24
Januar 1933	392	(21)	634	294	143

Man ersieht aus dieser Uebersicht deutlich den Erfolg der regelmäßig 2mal im Jahre stattfindenden Untersuchungen aller schulpflichtigen Kinder. Die verhältnismäßig hohe Anzahl der cariösen Milchzähne ist aus der grundlegend falsch und veralteten Anschauung vieler Eltern zu erklären, die dem cariösen Zustand der weniger widerstandsfähigen Milchzahnsubstanzen nur wenig oder vielfach gar keine Bedeutung beimessen zu sollen glauben. Diese Caries der Milchzähne ist dann im schulpflichtigen Alter gewöhnlich so weit vorgeschritten, daß einerseits eine erhaltende Maßnahme nicht mehr möglich ist, andererseits aber ein Entfernen dieser meist nicht schmerzhaften tief zerstörten Milchzähne aus Gründen der Kieferentwicklung ein Fehler wäre. Daraus ergibt sich notwendigerweise die Forderung, schon den ersten cariösen Angriffen auf das Milchgebiß durch konservierende Maßnahmen Einhalt zu gebieten. Nur durch die unermüdete Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Mütter und Erzieher kann es einst gelingen, die Zahncaries, die häufigste Kulturkrankheit, die den Ausgangspunkt für eine hohe Zahl anderer schwerer und schwerster Erkrankungen darstellt, auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Und ich stehe nicht an zu erklären, daß gerade in heutiger Zeit bei der gewaltigen Drosselung des Geburtenüberschusses von Seiten des Volkes aus volkswirtschaftlichen, hygienischen und schließlich auch kulturpolitischen Gründen Gefunderhaltung der Jugend in jeder Beziehung und nicht zuletzt ihrer Zähne Vorbedingung ist für den Wiederaufstieg unseres Volkes. Dr. G. Gl.

Dresden. Die Stadtverordneten beschlossen, keine Installationsarbeiten mehr durch das städtische Betriebsamt ausführen zu lassen, um die Steuerkraft des Handwerks zu stärken. — Die höheren Beamten der Stadt werden ersucht, ihr Gehalt nur bis 6000 bzw. 8000 Mark in Anspruch zu nehmen, bis die Finanzlage der Stadt sich gebessert hat. — Verschiedene Straßen sollen umbenannt werden in Hindenburgplatz, Adolph-Hilfer, Horst-Wessel, Schlogeter- und Wutschmannstraße. — Der „Ehapp“ soll aus hygienischen und anderen Gründen der Verkauf von Lebensmitteln unterjagt werden. — Zur Behebung der Arbeitslosigkeit wurde ein besonderer Ausschuss gebildet. Außerdem sollen sämtliche Doppelverdiener innerhalb der städtischen Verwaltung verschwinden.

Dresden. Die Zigarettenfabrik Haus-Bergmann-WG. hat am Mittwoch nachstehendes Schreiben an die Geschäftsleitung der British American Tobacco Company Limited, London, gerichtet: „Wir bedauern die im Ausland verbreiteten Gerüchte über angebliche Unruhen in Deutschland und bestätigen, daß die nationale Umwälzung sich hier in voller Disziplin ohne Störung des Wirtschaftslebens vollzogen hat. Wir bitten, die dort öffentliche Meinung aufzuklären und gegen jede Deutschland drohende Boykottbewegung einzutreten.“ Weiter teilt die Firma mit, daß Carl und Sigmund Bergmann bereits Ende voriger Woche als Vorstandsmitglieder und Aktionäre der Gesellschaft ausgeschieden sind, und daß seit diesem Zeitpunkt sich keine Aktie der Gesellschaft mehr in jüdischen Händen befindet.

Leipzig. Arbeitsdienst der NSDAP. Die Kreisleitung der NSDAP Leipzig, Abteilung Arbeitsdienst hat zur Heranbildung von Führerpersonal für den Arbeitsdienst Schulungsturse eingerichtet. Es sind bereits Meldungen von etwa 1400 Leuten aus allen Berufsschichten eingegangen. In zwanzig Abteilungen gegliedert, sollen diese Leute die zweckmäßige Ausbildung für ihren künftigen Dienst erhalten. Die Lehrstufen behandeln Zweck und Ziel des Arbeitsdienstes. Außerdem werden besondere Geschichtskurse veranstaltet. Nachdem die NSDAP, Kreis Leipzig, eigene Freiwilligen-Arbeitsdienstlager errichtet hat, zeigten sich die Vorteile, die ein geschultes Personal bietet.

Delsnig l. B. Wegebauprogramm im Bezirk. Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Delsnig beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung mit dem Wegebauprogramm für 1933. Zur Einstellung in den Haushaltsplan werden 80 000 RM aus Mitteln der Kraftfahrzeugsteuer und 50 000 RM unverbrauchte Wegebaumittel aus dem Rechnungsjahr 1932 vorgelesen. Der Wegebauausschuss wurde ermächtigt, den Gemeinden schon jetzt Beihilfen bis zur Höhe von 60 000 RM zur Durchführung der notwendigen Wegebauarbeiten zuzuführen. Für die Reubauarbeiten der Straße Delsnig-Schöned zwischen Williggrün und Arnoldsgrün wurden die Mittel zur Oberflächenbehandlung bewilligt. Die Fortsetzung des Straßenbaus von Arnoldsgrün nach Schöned ist zum Sofortprogramm des Reiches angemeldet worden.

Stolpen. Im Lohmer Walde brach beim Abziehen von Baumstämmen plötzlich ein Pferd in den Erdboden ein. Bei den näheren Nachforschungen wurde ein unterirdischer Gang festgestellt, der früher vermutlich nach der Burg Stolpen geführt hat. Der Gang ist noch gut erhalten. Da er jedoch mit Erdgasen gefüllt ist, sind weitere Nachforschungen noch nicht möglich.

Baugen. Mit dem Austritt des Stadtrates Prof. Schuster aus der SPD, die er viele Jahre in den städtischen Räte-

schaften vertreten hat, ist das Ratskollegium von Baugen nunmehr völlig marxistenfrei geworden. Der Stadtrat gab jetzt weiterhin eine Mitteilung heraus, wonach es unterjagt wird, in Warenhäusern und ähnlichen Geschäften Lebensmittel zu verkaufen.

Waldheim. Bei einem Einbruch in ein hiesiges Kolonialwarengeschäft stürzte der Dieb beim Betreten des Oberlichtfensters durch dieses in eine mit Heringsbrühe gefüllte Tonne. Trotz des Unfalles durchwühlte der Einbrecher gründlich den Laden, wobei ihm auch aus der Kasse ein größerer Geldbetrag in die Hände fiel.

Brünlos. Beim Arbeiten auf einem Telegraphenmast stürzte ein Telegraphenarbeiter infolge Bruchs eines Steigeisens aus beträchtlicher Höhe ab und fiel mit voller Wucht auf einen darunterstehenden Gartenzaun, wobei der Unglückliche von einer Latte buchstäblich aufgespießt wurde. Seine Kameraden befreiten ihn aus seiner entsetzlichen Lage und sorgten für seine Ueberführung ins Stollberger Bezirkskrankenhaus, wo er in bedenklichem Zustand darniederliegt.

Chemnitz. In einem größeren hiesigen Kaufhaus, das kürzlich stillgelegt worden ist, sollte nach dem Beispiel anderer Großstädte ein Kleinpreisgeschäft errichtet werden. Nach eingehender Prüfung des Falles hat jetzt jedoch die Kreisbauernschaft die Errichtung eines solchen Kleinpreisgeschäftes unterjagt, da man allgemein die Umgehung des bereits vorhandenen Einheitspreisgeschäftes erblickt.

Chemnitz. Das Ministerium des Innern hat auf Grund der Gemeindeverordnung das Stadtverordnetenkollegium zu Chemnitz aufgelöst, da das bisherige rein kommunistische Präsidium die Belange der öffentlichen Ruhe und Ordnung gefährdet. Die Verwaltung der dem Stadtverordnetenkollegium übertragenen Geschäfte ist bis auf weiteres in die Hände des Rates der Stadt gelegt. Die für Donnerstag abend angelegte Sitzung der Stadtverordneten fällt daher bereits aus. Ueber die Zusammensetzung und Einberufung eines neuen Kollegiums verläutet noch nichts.

Glauchau. Wie gemeldet, war der Carolapark in Hindenburgpark umbenannt worden. Um aber den Namen der Königin Carola, der großen Wohlthäterin Sachsens, auch weiterhin in ehrendem Andenken zu erhalten, hat der Rat beschlossen, den Bürgerpark in Carolapark umbenennen.

Lawalde. Einem bedauerlichen Unglücksfall fiel der zehnjährige Schulknabe Schlemmer, das einzige Kind eines Wauers, zum Opfer. Der Junge stürzte, als er im Begriff war, das Rad seines Vaters zu besteigen. Nachts stellten sich Komplikationen ein, und nach wenigen Stunden erlag das Kind einer Gehirnerschütterung.

Letzte Nachrichten

Erste Sitzung des Arbeitsausschusses für das Kraftfahrwesen.

Berlin, 29. März. Der neue Arbeitsausschuss für das Kraftfahrwesen trat am 29. März im Reichsverkehrsministerium zusammen. Dabei gab Ministerialdirektor Brandenburg einen kurzen historischen Ueberblick über die behördliche Organisation des Kraftfahrwesens nach dem Kriege. An gesetzgeberische Maßnahmen, die unverzüglich in Angriff genommen werden sollten, nannte Brandenburg ein Reichswegegesetz, eine Straßenverkehrsordnung für das Reich (Vorschriften für alle Verkehrsteilnehmer vom Fußgänger bis zum Lastwagen), Aenderung des Kraftfahrzeuggesetzes und der Kraftfahrzeugordnung im Sinne der Erleichterung der Automobilhaltung (Zulassung, Fahrerlaubnis, Haftpflichtbestimmung), Aenderung der 3. Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 über den Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen (Vereinigung des Wettbewerbs zwischen Eisenbahn und Kraftwagen), Aenderung der Garageordnung, um die Automobilhaltung zu ermöglichen. An anderen Aufgaben erwähnte der Vortragende Maßnahmen, welche zur Förderung der Kraftverkehrswirtschaft und auch des Kraftdrohnenwesens geplant sind und kennzeichnete die Wege, auf denen das Reich den Sport, insbesondere auch den Rennsport und die Forschung fördern wolle. Als Hauptaufgabe der Forschung bezeichnete er das Suchen nach Mitteln um den heimischen Anteil an der Brennstoffherzeugung zu steigern. Der Zusammenfassung des Verbands und Klubwesens sowie die Förderung der Wehrsportverbände will sich das Ministerium besonders annehmen.

Ministerrat in Paris. — Auch Paul-Boncour für Schuldentilgung an Amerika.

Paris, 29. März. Der Ministerrat nahm am Mittwochnachmittag einen Bericht des Ministerpräsidenten und des Außenministers über die außenpolitische Lage und über die letzten Verhandlungen entgegen und beschäftigte sich ferner mit dem französisch-amerikanischen Schuldverhältnis. Außenminister Paul-Boncour erstattete vor dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer Bericht über den Stand der internationalen Schuldverhandlungen und über die französisch-amerikanische Fühlungnahme. Er wies u. a. auf die Weltwirtschaftskonferenz hin, in deren Rahmen auch die Schuldenfrage eine Lösung finden könne. Er äußerte den Wunsch, daß die eingeleiteten Verhandlungen, die den Geist des freundschaftlichen Verständnisses Roosevelt bezeugen, möglichst bald zu einer Tat seitens Frankreichs führen möge, die eine Annäherung des französischen und amerikanischen Standpunktes ermöglichen würde. (Mit anderen Worten teilt auch Paul-Boncour für die Bezahlung der französischen Schuldenrate an Amerika ein. In der Kammer scheint sich aber bisher noch keine Mehrheit dafür zu finden. D. Red.)

Alle Veranstaltungen der Nationalsozialisten im Saargebiet erneut verboten.

Saarbrücken, 29. März. Die Regierungskommission des Saargebietes hat alle öffentlichen und geschlossenen Veranstaltungen der Nationalsozialisten im Saargebiet erneut verboten. Als Begründung wird angegeben, daß die Bedingungen der früheren Verbotsaufhebung, nämlich Einhaltung des Uniformverbotes und des Demonstrationsverbotes, von den Mitgliedern der NSDAP. in verschiedenen Fällen nicht eingehalten worden seien.

Die feierliche Ueberführung von Prinzessin Mathilde. Dresden, 29. März. In den Abendstunden des Mittwoch wurde die sterbliche Hülle der Prinzessin Mathilde von der königlichen Villa in Hofkerwitz nach Dresden in der bereits bekannten Weise überführt. Den Sarg begleiteten Prinz Ernst Heinrich,

Prinz Max und Prinz Franz Joseph von Hohenzollern. — Auf dem Schloßplatz, der Augustusbrücke sowie der Brühlischen Terrasse hatte sich eine sehr unübersichtliche Menschenmenge eingefunden. Vor den Stufen der katholischen Hofkirche bis zum Absperrungsbereich am Elbufer bildeten Stahlhelmformationen Spalier, in das Fahnenabteilungen des Militär- und anderer vaterländischer Vereine eingegliedert waren. Gegen 9 Uhr setzte das Trauergelände der Hofkirche und der benachbarten evangelischen Kirchen ein. Längs der Spalierkette glühten diverse Flammen von Fackeln auf. Auf der Freitreppe der Hofkirche, deren Eingang von der Stahlhelmschwadron und dem Bundesbanner des SMW flankiert wird, erscheint der Chef des königlichen Hauses, Seine königliche Hoheit Markgraf Friedrich Christian, Herzog zu Sachsen, ferner bemerkt man u. a. den Präsidenten des SMW, Sanitätsrat Dr. Hopf, den Landesführer des Stahlhelm, Oberst Brückner, den Führer der Landesabteilung Sachsen des Deutschen Offiziersbundes, General von Cullis, Kabinettschef General Baron O'Hryn und Hofchef von Busse. Bald hört man verbalen Kommandos. Vom Terrassenufer her, wo der Sarg auf eine Bahre gesetzt worden ist, naht der Trauerzug. Die Fahnen senken sich, entblößen Hauptes grüßt die ehrerbietig barrende Menge die heimgegangene Schwelmer des letzten Königs von Sachsen auf ihrer Fahrt. Bald erreicht die Spitze des Trauerzuges, dem Mitglieder der katholischen Geistlichkeit und herzentragende Ministranten vorangingen, die Hofkirche. Nun sieht man ihn, hoch über den Häuptern der Träger auf den Kirchentreppen. Feierliche Orgelklänge und Chorgesang bringen aus dem Kircheninnern. Dort erwartet Bischof Legge den Trauerzug, der nun nur noch in engstem Geleite besteht und den ersten kirchlichen Handlungen beivohnt. Das Geläute verstummt, die mächtigen Portale der katholischen Hofkirche schließen sich; die letzte Fahrt der Prinzessin Mathilde von Sachsen hatte ihr Ende genommen.

Horst-Wessel-Lied im Rundfunk.

Berlin, 29. März. Wie der Lokal-Anzeiger hört, wird ab 1. April der Deutschlandsender am Schluß seiner Abendprogramme regelmäßig vor dem Deutschlandlied das Horst-Wessel-Lied spielen lassen. Möglicherweise werden auch andere Sender diesem Beispiel folgen.

Kirchliche Nachrichten.

Heute Donnerstag, 30. März.
Schmiedeberg, 8 Uhr abends Gemeinschaftsabend.
Freitag, den 31. März 1933.
Berreuth, Abends 8 Uhr Bibelstunde, Pfarrer Müller.
Reinholdshain, Abends 8 Uhr Bibelstunde, D.R.K. Michael.

Handel und Börse

Dresdener Börse vom 29. März. Infolge härteren Angebots herrschte an allen Märkten eine schwächere Grundstimmung, die aber später durch eine Erholung abgelöst wurde. Unter Abgaben hatten vor allem Brauereien zu leiden, von denen Erste Kulm und Dortmund Ritter über 3, Schützendorf 5, Radeberger 4, Jenseitler, Kulmbacher Ritz und Riebeck je 2 Prozent verloren. Dittersdorfer Holz mußten 7 Prozent, Elektra-Werk Reiza 5, Neidensbaudank 4, Gebr. Unger 4, Gebr. Kötziger Leder und Wanderer je 3 Prozent abgeben, Wunderlich sogar 11 Prozent. Feller lagen nur Helfenberg und Geraer Strickwaren um je 2 Prozent. Die Aktien und Genossenschaft der Dresdner Albumfabrik, Ver. Photopapiere und Dr. Kurz kamen mit mehrprozentigem Verlust zur Koth. Anleihen und Pfandbriefe 1 bis 2 Prozent schwächer.

Chemnitzer Produktionsbörse vom 29. März. Weizen 190—200; Roggen 150—160; Sandroggen 145—167; Sommergerste 180 bis 195; Wintergerste 170—174; Hafer 130—135; Weizenmehl 36,25; Roggenmehl 34,75; Weizenkleie 9 1/2; Roggenkleie 8,75 bis 9,25; Weizenbrot, lose 6; Getreidebrot, Brotgepreß 3.

Herren- und Damen-Schneider-Zwangsinnung Dippoldiswalde und Umgebung

Montag, den 3. April, nachmittags 2 Uhr
Versammlung

im Schützenhaus. Der Obermeister

Gasthof Berreuth Morgen Schlachtfest
Freitag

Futterkartoffeln
laden morgen Freitag aus
Kornhaus Dippoldiswalde

Drucksachen

wie: Rechnungen, Quittungen, Briefbogen, Mitteilungen, Briefumschläge, Postkarten, Preislisten, Prospekte, Einladungs-, Verlobungs-, Vermählungskarten und -briefe, Trauerkarten und -briefe, Visitenkarten, Geschäftskarten, Hochzeits- und sonstige Festzeitungen, Tatlieder, Plakate, Kataloge, Eintritts- und Mitgliedskarten, Vereinsstatuten, Rabattmarken, Formulare usw. usw. Sie erhalten dieselben geschmackvoll, sauber, preiswert und rasch hergestellt in der

Buchdruckerei Carl Jehne, Dippoldiswalde
Verlag der „Weißeritz-Zeitung“ Tel. 403

Existenz

Gesucht werden in jedem Ort ehrl. u. redeweg. Leute, die sich z. Handel m. Holz nötig und fertig abgerichtet. Lebensmitteln dir. a. Private eign. b. gut. regelmäßig. Bewerbungen an Postfach 611, Chemnitz I

W. Laube
Dippoldiswalde
Rosen- und Baumschulen

Auch das kleinste Saugerat in der „Weißeritz-Zeitung“ hat guten Erfolg!

Kurze Notizen

Die Reichsregierung hat beschlossen, die wöchentlichen Zulagen, die im vergangenen Winter zur versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und zur Krisenunterstützung gewährt wurden, auch über den 1. April 1933 hinaus bis auf weiteres zu zahlen.

Der Rechtsanwalt Sting in Nordhausen, Gauinspekteur der NSDAP, ist zum persönlichen Referenten des kommissarischen preußischen Justizministers mit sofortiger Wirkung ernannt worden.

Der Hamburger Senat hat durch eine Verordnung das Gesetz betreffend die Erklärung des 1. Mai zum Feiertag außer Kraft gesetzt.

Der Gemeinderat von Amst hat dem Reichskanzler das Ehrenbürgerrecht verliehen. Amst ist die erste Stadt in Ostpreußen, die dem Reichskanzler diese Ehrung hat zuteil werden lassen.

Der von der Metrofilm A.-G. hergestellte Bildstreifen „Das Testament des Dr. Mabuse“ ist von der Filmprüfstelle Berlin verboten worden.

Die letzte Warnung

Gewisse Kreise des Auslandes können sich an den Gedanken noch immer nicht gewöhnen, daß das deutsche Volk nicht länger gewillt ist, den Brügelknaben im Konkurrenzkampf der Völker untereinander abzugeben. Sie hatten sich zu sehr daran gewöhnt, Deutschland zu diffamieren, sie hatten es für selbstverständlich gehalten, daß das so bleibt und Deutschland zahlt, wenn sie es fordern. Die fanatischsten Vertreter dieser These waren Clemenceau und Poincaré. Sie hatten einen Propagandaapparat zur Hand, der nicht nur in Frankreich die Ueberzeugung aufkommen ließ, „der Boche zahlt alles“, sondern auch im Ausland über Deutschland und das deutsche Volk eine Auffassung gestaltete, als herrsche hier noch dunkelstes Mittelalter und wildeste Barbarei. Wenn man der Greuelpropaganda gegen Deutschland im Ausland nachgeht, wird man vielleicht dahinter kommen, daß dieser Rache- und Hahndruck durch die gleichen Kräfte geleitet wird, durch die die französische Kriegs- und Nachkriegspropaganda floß.

Wir würden uns in Deutschland aber selbst betrügen, wenn wir die Urheber dieser neuen Greuelpropaganda gegen Deutschland nur im Ausland suchen. Es gehört leider zur deutschen Stammeseigenheit, daß gewisse Deutsche nicht nur gewissenlos ihr eigenes Nest beschmutzen, sondern in dem Augenblick ihre deutsche Abstammung zu verleugnen pflegen, wo sie die deutschen Grenzpfähle hinter sich haben. Und schließlich ist es eine bekannte Erfahrung, daß gewisse Deutsche nur das Deutschland lieben, das sich so darstellt, wie sie es sich für ihren Hausgebrauch wünschen. Sieht es anders aus, verlangt es Opfer an politischer Ueberzeugung und materieller Leistung, dann ist ihnen dieses Deutschland ein Pfifferling wert. Nur ein Deutscher konnte einst erklären, daß er kein Vaterland kenne, das Deutschland heißt. Wie weit solche „deutschen Gewissen“ sein können, hat in all den Wochen der nationalen Revolution jener „deutsche Schriftleiter des sozialdemokratischen Blattes des Saargebietes“ gezeigt, der nach der Feststellung der „Kölnischen Zeitung“ sorgfältig alle Greuelgeschichten über Deutschland aus der französischen Presse sammelte und seiner eigenen Erfindungsgabe weitesten Spielraum ließ, um in der niederträchtigsten Weise gegen Deutschland und seine nationale Regierung zu hetzen. Dieser selbe Mann glaubte, sich als Vorkämpfer des Deutschtums an der Saar ausgeben zu dürfen und Verbindungen mit seinesgleichen im Reich zu unterhalten, so lange sie an der Macht waren. Der Reichskanzler hat dieses Verhalten als das bezeichnet, was es ist, als Landesverrat. Man wird ergänzen müssen, Landesverrat vor dem Feinde. Denn um dieses Saargebiet hat Deutschland noch den Kampf mit Frankreich zu führen.

Dann wird man die Schuldigen in Deutschland dort zu suchen haben, wo zwischen einem gewissen internationalen Judentum und kommunistisch-marxistischen Bestrebungen ein enger geistiger und finanzieller Zusammenhang bestand. Jene fremdstämmigen Kreise in Deutschland, denen wir die Barmat-, Kutlifer-, Ekstaret-, Kottler- und ähnliche Affären zu verdanken haben, haben es nicht nur verstanden, das deutsche Volk auszubeuten, sondern zum Teil ihre erworbenen unerdienten Gewinne und sich selbst ins Ausland zu verschleppen, um nun von hier aus eine lügnerische Hetze gegen ihren bisherigen Gaststaat zu betreiben.

Alle diese Dinge muß man berücksichtigen, wenn jetzt von nationalsozialistischer Seite der Abwehrboykott gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte für den 1. April proklamiert wurde. Es ist ein Akt der Notwehr und der Reinigung. Das internationale Judentum und die charakterlosen deutschen Helfershelfer tragen die Schuld daran, wenn den jüdischen Geschäftsleuten usw. in diesen Tagen die Kunden wegbleiben. Sie tragen die Schuld daran, wenn ihren Rassengeossen geschäftliche Verluste entstehen oder gar die Existenz gefährdet wird. Denn sie haben aus Egoismus oder im Interesse anderer einen bewußten Lügenfeldzug gegen Deutschland entwickelt, der das Höchstmögliche Verleumdungen darstellt. Der Aufruf der nationalsozialistischen Reichsleitung zum Boykott der deutschen Juden stellt ausdrücklich fest, daß diese Maßnahme zeitlich beschränkt bleiben soll, sofern die ausländischen jüdischen Verleumder und ihre Helfer von ihrem skandalösen Tun ablassen. Man soll endlich einmal im Ausland begreifen, daß die bisher beliebte Terrorpolitik gegen Deutschland an dem heiligen Widerstand des deutschen Volkes zerplatzen muß.

Unbegreiflich bleibt das Verhalten der New Yorker Juden, die sich besonders in der Hetze gegen Deutschland hervortun. Diese selben Juden wissen genau, daß in der Hauptstadt des freien Amerika ein ganzes großes Viertel besteht, wo Juden weder Häuser erwerben noch Wohnungen mieten können. Sie gelten dort also als Ausgestoßene. Man hat nichts von einer als jüdischen Protestaktion gegen Amerika vernommen. Und wie verhält sich der Amerikaner gegen die fremdstämmigen Farbigen, gegen die Neger? Kein Mensch in Amerika regt sich darüber auf, wenn aus Rassenhaß gegen Angehörige dieser Rassen Lynching geübt wird. Wo war die Aufregung und die Hetzpropaganda der amerikanischen Juden, als der Bolschewismus in Rußland Hunderttausende unschuldiger Menschen hinschlachtete? Wo war der Sturm der Entrüstung, als der spanische Kommunismus und Marxismus Kirchen und Paläste niederbrannte, plünderte, mordete? Und plötzlich die Entrüstung über deutsche Vorfälle, von denen man in Amerika ebenso wie in England und Frankreich weiß, daß sie nicht vorgekommen oder auf einzelne Ausnahmen beschränkt waren!

Das sieht denn doch zu sehr nach international-jüdischer Geschäftemacherei aus. Dieses internationale Judentum verschuldet es allein, daß der deutsche Jude heute das zu vergeten hat, was man dem Deutschtum in blindwütigem Haß und „geschäftstüchtigem Geist“ angetan. „Das habt ihr angerichtet“, so schrieb in diesen Tagen ein Berliner Blatt eines jüdischen Verlages. „Jawohl, das haben sie angerichtet! Nicht das nationale Deutschland beging Greuelaktionen sondern kommunistisch-marxistisch-jüdischer Internationalismus hat diese deutsche Abwehr veranlaßt.“

Der Fall Braunschweig

General von Henning kommissarischer Landesführer.

Berlin, 30. März.

Am 1. April findet eine Sitzung des Bundesvorstandes des Stahlhelm statt, in der hauptsächlich die Vorgänge in Braunschweig besprochen werden sollen. In dieser Sitzung soll auch die Entscheidung für den Führerwechsel in Braunschweig fallen.

Wie verlautet, wird der Führer des Landesverbandes des Stahlhelm von Hannover, General von Henning auf Schönhoff, kommissarisch den Landesverband von Braunschweig übernehmen und bis zur endgültigen Klärung einen Stellvertreter bestellen.

Bei der Unterjochung der Vorfälle in Braunschweig hat sich, wie die „Kreuzzeitung“ und zuständiger Seite erfährt, herausgestellt, daß die Führerschaft des Stadtgaues Braunschweig bei der Neuaufnahme zahlreicher Mitglieder zwar in gutem Glauben, aber entgegen den Weisungen der Bundesführung fehlerhaft und politisch bedenklich gehandelt hatte. Der erste Bundesführer Selbste hat nach sorgfältiger Prüfung der Vorgänge die Einsetzung eines kommissarischen Landesführers verfügt und wird gleichzeitig einen Führerwechsel im Stadtgau Braunschweig veranlassen.

Mitgliederperre beim Gau Ruhr-Lippe

Der Stahlhelm, Gau Ruhr-Lippe, veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Der Stahlhelm hat bis auf weiteres eine allgemeine Aufnahmeperre angeordnet. NSD- und SPD-Mitglieder, die sich schon zum Stahlhelm gemeldet haben sollten, werden erst geprüft und frühestens nach sechs Monaten Wartzeit für die Aufnahme vorgeschlagen. Alle sonstigen Einkommenselemente, die den Stahlhelm als Unterschlupf zu verwenden gedachten, werden rücksichtslos entfernt. Der Stahlhelm läßt Streifen durch die Stadt Mülheim gehen, die beauftragt sind, von jeder Person, die ein Stahlhelmschein trägt, das Mitgliedsbuch zu fordern. Die Stahlkameraden werden erlucht, nicht ohne Mitgliedsbuch auszugehen.

Entschiebung des Landkreistages

Für die nationale Regierung.

Berlin, 30. März.

Der Vorstand des Landkreistages hielt eine Sitzung ab, in der kommunale Tagesfragen der Landkreise, insbesondere das Problem der Arbeitslosenhilfe, der Arbeitsbeschaffung und der Umsiedlung behandelt wurden. Dabei kam einmütig zum Ausdruck, daß der Landkreistag hinter der neuen Reichsregierung steht und sie bei dem nationalen und wirtschaftlichen Wiederauf-

bau mit allen Kräften unterstützen wird. Der Vorstand ist der Auffassung, daß gerade die ländlichen kommunalen Verbände in Gegenwart und Zukunft besonders berufen sind, an dem nationalen Befreiungswert in vorderster Linie mitzuarbeiten.

Die Zeitungsverleger bei Goebbels

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, empfing Kommerzienrat Dr. Rumbach-Riegnitz, Kommerzienrat Dr. h. c. Reuen-Dumont-Röhl, Dr. Walther Jäncke-Hannover und Direktor von Boetticher-Berlin als Vertreter des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, der Landesorganisation, die ihren Schwerpunkt im Reich hat und der rund 2000 in der nationalen Weltanschauung wurzelnde Tageszeitungen angehört.

In der Aussprache wurden in sehr eingehender Weise alle grundsätzlichen Fragen der Presse, insbesondere ihre Aufgaben und Pflichten im Dienst der nationalen Politik, behandelt. Der Minister stellte als das selbstverständliche und alles beherrschende Gesetz für die Presse und für die Einstellung der Regierung zu ihr die unbedingte Wahrung der nationalen Geschlossenheit in den Vordergrund, in erster Linie bei der Behandlung aller Fragen der Außenpolitik, in der das ganze Volk einmütig sein müsse.

Zwischen Dr. Goebbels und den Vertretern des Vereins Deutscher Zeitungsverleger ergab sich vollkommene Uebereinstimmung, insbesondere auch über die Pflicht der Presse zur nationalen Disziplin. Der Minister gab dem Wunsch nach einer von gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeit Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß diese Zusammenarbeit sich schon in kurzer Zeit viel enger und erfolgreicher gestalten werde als bisher. Die deutschen Zeitungen könnten, so betonte, der Minister, sicher sein in der Erfüllung ihrer Aufgaben und auch in einer sachlichen Kritik nicht behindert zu werden, sofern sie nur der nationalen Aufbauarbeit Deutschlands mit allen Kräften dienen.

Ausdehnung des Mais-Gelebes

auf Oelfrüchte, Oelfrüchten und Oelfischen.

Berlin, 30. März.

Auf Grund einer im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 29. März 1933 tritt der Artikel 6 der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel vom 23. März 1933, der die Ausdehnung des Mais-Gelebes auf Oelfrüchte, Oelfrüchten und Oelfischen betrifft, am 6. April d. J. in Kraft.

SA und Stahlhelm

Erklärung über Unstimmigkeiten in der Pfalz.

Berlin, 30. März.

Von der Reichspressstelle des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, wird geschrieben:

„Zu den aus der Rheinpfalz einlaufenden Meldungen über die Verhaftung von Stahlhelmführern dortiger Ortsgruppen und anderer dem Stahlhelm angehörender Persönlichkeiten durch SA- und SS- Stellen wir fest: Es handelt sich hierbei lediglich um Unstimmigkeiten und Mißverständnisse in der Belegung der Stellen bei den Arbeitsämtern. Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Reichsstellen sind im Gange. Es steht zu erwarten, daß alle diese örtlichen Schwierigkeiten in der Pfalz zwischen den beiden Gruppen der nationalen Front innerhalb kürzester Frist auf freundschaftlichem Wege gelöst werden.“

Hitler auf dem Deutschen Turnfest

Die Führer der DL beim Reichsinnenminister.

Berlin, 30. März.

Reichsminister Dr. Frick empfing die beiden ersten Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft, Minister a. D. Dominicus und Direktor Dr. Neudorff, die dem Reichsministerium des Innern die Entschliebung der Deutschen Turnerschaft, worin der Vorstand alle Vereine aufgeföhrt hat, der nationalen Regierung und ihren Führern sich zur freudigen Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Minister Frick begrüßte diese Erklärung. Dr. Frick bekundete das Interesse der Reichsregierung an dem Deutschen Turnfest in Stuttgart und drückte die



Beilegung des Konflikts in Braunschweig.

Festgenommene erwarteten in Braunschweig Ortskrankenhause ihre Freilassung.

Hoffnung aus, daß der Reichskanzler Hitler an dem Fest persönlich teilnehmen und eine Ansprache halten werde.

Leuzlicher Giftmordplan

Die Düsseldorfener SA. sollte vergiftet werden.

Düsseldorf, 30. März.
Die nationalsozialistische Düsseldorfener „Volkspartei“ bringt einen amtlichen Bericht, wonach die KPD die Absicht hatte, durch Einführen von Gift in die Gemeinschaftskassen der NSDAP die gesamte Düsseldorfener SA zu vergiften. Die Düsseldorfener politische Polizei erhielt Kenntnis, daß die KPD in der nächsten Zeit einen Angriff auf die NSDAP mit Gift und Sprengstoff plane. Die Herkunft des Giftes wies nach Köln, wo es der Polizei gelang, 3,5 Kilogramm Zyanatrin und 0,125 kg. Kupferarsenid zu erfassen.

Die Hälfte dieser Giftmenge würde genügen, um ganz Düsseldorf zu vergiften. Die Giftmengen stammen von einem gewissen August Hillgraf, der als Galvaniseur bei einem Blech- und Röhrenwerk in Köln beschäftigt war. In der Kölner Wohnung des Hillgraf wurden außer Chemikalien und Lehrbüchern eine Anzahl Mitgliedsbücher der KPD und deren Unterorganisationen, die sämtlich auf den Namen des Hillgraf lauteten, gefunden. In der Angelegenheit wurden 6 Personen verhaftet.

Wieder Vertrauen zur Justiz

Aufruf des kommissarischen Justizministers.

Berlin, 30. März.
Der Kommissar des Reiches für das preussische Justizministerium, Landtagspräsident Kersch, hat einen Aufruf an die Beamten und Angestellten der preussischen Justizverwaltung erlassen, in dem es heißt: Bei Übernahme des Justizministeriums fand ich die Arbeit aller Rechtspflegeorgane mit einer unerträglichen Spannung und Entfremdung von Volk und Recht belastet. Falsch ist es, den Grund dieser Entfremdung nicht auch in dem Verhalten von Organen der Justiz zu sehen.

Die Wiederherstellung des Vertrauens des Volkes zur Justiz wird meine vornehmste Aufgabe sein. Daneben werde ich mit allen Kräften darauf hinwirken, daß ein Recht entsteht, das den Lebensbedürfnissen und den Lebenszielen unseres Volkes entspricht, weil es aus der völkischen Blutgemeinschaft geboren ist.

Wer in seinem Herzen der großen nationalen Erhebung nicht zustimmen kann der bleibe ein ehrlicher deutscher Mann und gehe. Wer aber in seinem Aufgabenkreis verbleibt, verpflichtet damit Treue, von Herzen kommende Mitarbeit und hat sich bestens für das Erreichen dieses Zieles einzusetzen.

Die Wahrheit

Eine Erklärung von Schuhhäftlingen.

Oranienburg, 30. März.

Ueber das Konzentrationslager in Oranienburg sind in verschiedenen Zeitungen Nachrichten verbreitet worden, die von Mißhandlungen der Inassen des Lagers sprechen. Nachdem diese Mitteilungen den Inhaftierten vorgelesen waren, haben diese geschlossen folgende Erklärung abgegeben:

Unaufgefordert und ohne jeden Zwang erklären wir Schuhhäftlinge aus dem Konzentrationslager in Oranienburg, daß die Behauptung von selten der Bevölkerung bezüglich roher oder schlechter Behandlung von den Wachen auf Unwahrheit beruhen. Vielmehr erklären wir, daß wir durchaus menschlich behandelt werden und daß die Verpflegung gut und reichlich ist.

Unter dieser Erklärung stehen 75 Unterschriften von Inassen des Lagers.

Sprengstofforganisation „Apparat“

Festnahme von 30 kommunistischen Funktionären.

Reddinghausen, 30. März.

Der Politischen Polizei in Reddinghausen ist es gelungen, eine umfangreiche Sprengstofforganisation der KPD festzustellen. Diese Organisation trug den Namen „Apparat“. Stützpunkte waren u. a. in Bottrop, Mülheim, Oberhausen.

Die Mitglieder der Sprengstofforganisation wurden in längeren Kursen von führenden Kommunisten unterrichtet und haben hierbei genaue Anweisungen für die Sprengung von Brücken, Gebäuden und Straßen erhalten. Als Angehörige des „Apparat“ bzw. als Beteiligte bei der Sprengstoffbeschaffung sind bisher in Bottrop 25 und in Oberhausen 5 führende Kommunisten festgenommen worden, die gefänglich sind.

Der Landeskriminalpolizeistelle Reddinghausen ist es gelungen, bis jetzt folgende Sprengstoffe bzw. Waffen zu beschlagnahmen: 332 Staufferfettbüchsen als Handgranaten angefertigt, 4 Handgranaten, 6 Eierhandgranaten mit Zünder, 14 Rohrstücke für Handgranaten, 5 Gewehre und Karabiner, eine Flugmine, ein Revolverpatronengeschloß, 10 große Mauerpistolen mit 38 Schuß Munition, 3 Wurfmesser, eine Höllemaschine und zwei Brandbomben. In Oberhausen führten die Ermittlungen zur Auffindung folgenden Materials: 84 Staufferfettbüchsen, die als Handgranaten angefertigt sind, eine Kugelhandgranate, eine Granate und eine Wurfmine. Im südlichen Teil des Industriegebietes wurde folgendes Material beschlagnahmt: 42 scharfe Handgranaten aus Staufferfettbüchsen gefertigt, 350 Schuß Infanteriemunition, 30 englische Jagdpatronen, 69 Säcken Sprengstoff, 60 Sprengtapfen usw. Im Münsterland wurden in einem Steinbruch vergraben gefunden 355 scharf geladene Patronen zum Militärgewehr 98.

Besonders bemerkenswert ist der Fund im Bahndamm Bottrop-Reddinghausen. Hier wurde im Bahndamm vergraben eine Milchtanne mit 40 als Handgranaten geladene Staufferfettbüchsen, große Mengen Detonit- und Ammonsalpeter, 6 Eierhandgranaten, ein großer Sack mit 66 mit Sprengstoff gefüllten Staufferfettbüchsen, 12 Rohrstücke für Eierhandgranaten, eine Zinntanne mit einer Pfunddose Detonit, eine 10-Zentimeter-Granate mit Zünder, 3 Handgranaten gefunden. Ueber der Fundstelle hatten die Kommunisten in geschickter Weise eine Grasnarbe gezogen, die der Umgebung genau angepaßt war.

Unübersehbar und fürchterlich wäre die Katastrophe gewesen, wenn durch irgendeinen Umstand die Sprengstoffe im Bahndamm zur Explosion gekommen wären.

Nach den getroffenen Feststellungen wurden die Staufferfettbüchsen durchweg von der Zeche „Rheinbaben“ in Bottrop gestohlen. Ein ganz besonders gefährliches Material sind die gefüllten Staufferfettbüchsen, verheerend ihre Sprengwirkungen. Bemerkenswert ist, daß die Rührigkeit der Bottroper KPD von russischer Seite durch die Schenkung einer roten Fahne anerkannt wurde. Diese Fahne trägt in deutsch und russisch die Inschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt euch, höher die Fahne des Kampfes für eine proletarische Revolution.“

Keine Regierungsumbildung in Danzig

Danzig, 30. März.

Die Regierungsparteien haben beschlossen, bei etwaigen Verhandlungen mit der NSDAP über eine Umbildung der Regierung unter allen Umständen an der Person Dr. Jziehms als Senatspräsidenten festzuhalten. Der nationalsozialistische Abgeordnete Greiser erklärte daraufhin, daß die Nationalsozialisten an ihren Forderungen unbedingt festhalten. Die Erfüllung dieser Forderungen sei die Voraussetzung für weitere Verhandlungen.

Die Frage Dr. Jziehms, ob die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten seien, wenn die Forderungen der Nationalsozialisten nicht restlos erfüllt würden, wurde von Greiser bejaht.

Auch Memel muß wieder heimkehren!

Eine litauische Stimme.

Memel, 30. März.

In einem Vortrag in Rowno über die Frage der Gründung des baltischen Staatenbundes führte der Direktor des Ostdepartements im litauischen Außenministerium Dailis, dem „Memeler Dampfboot“ zufolge, u. a. aus: Für Litauen sei im Zusammenhang mit dem Wilna-Problem die Frage eines Staatenbundes, in dem Polen direkt oder indirekt Einfluß habe, nicht diskutabel. Nachdem nach der Besetzung des Wilnagebiets durch Polen die Wilnafrage von Lettland und Estland in der Weise bagatelisiert wurde, daß diese Staaten sich zu der entstandenen Lage neutral stellten, sei gerade die Wilnafrage für Litauen eine Voraussetzung für den Beitritt zu jedem beliebigen Staatenbund geworden.

Zu der Frage, ob durch die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland nicht die Gefahr einer Entziehung des Memelgebiets drohe, erklärte er, die Frage der Rückgewinnung des Danziger Korridors werde heute auch von den Siegermächten schon offen diskutiert und man könne in bezug auf das Memelgebiet daraus folgern, daß, sobald der Korridor an Deutschland zurückgegeben werde, auch das Memelgebiet „in der Luft hänge“.

Die Berliner Schmach

Saarregierung unterbindet Tätigkeit der NSDAP.

Saarbrücken, 30. März.

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets hat bis auf weiteres sämtliche Versammlungen der NSDAP, auch die Sprechabende, im Saargebiet verboten.

Begründet wird das Verbot mit der Pflicht der Regierungskommission, unter allen Umständen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. (Die einzig und allein durch die hochverräterische Hege der sozialdemokratischen „Saarbrücker Volksstimme“ gefährdet ist! D. Red.)

Das Verhältnis zu Oesterreich

Bizanzler Winkler im Rundfunk.

Wien, 29. März.

Der österreichische Bizanzler Winkler hielt eine Rundfunkrede über die außenhandelspolitische Orientierung Oesterreichs, in der er u. a. ausführte: Ich habe stets den Standpunkt vertreten, daß Oesterreich ein deutscher Staat ist und als solcher nur eine deutsch bewußte Politik machen kann und darf. Stets habe ich weiter den Standpunkt vertreten, daß außen- oder handelspolitische Kooperationen von Bedeutung ohne Einbeziehung Deutschlands eine Unmöglichkeit sind, und in Konsequenz dieses Standpunktes habe ich auch die Pläne zur Schaffung eines Donaubundes oder einer Donauföderation ablehnend behandelt.

Wir werden diesen Weg fortsetzen, und unser Streben muß heute vor allem dahin gehen, die Mißverständnisse, die insbesondere in der reichsdeutschen Öffentlichkeit durch die Verhandlungen über das Laufanner Protokoll und die Annahme desselben entstanden sind, aufzuklären und zu beseitigen, damit sich unsere Beziehungen zu Deutschland ohne Rücksicht darauf, daß die politischen Verhältnisse in Deutschland und Oesterreich nicht gleichgeschaltet sind, aufrichtig und herzlich gestalten. Die Besorgnisse vieler Mitbürger, daß Oesterreich in das Schlepptau legitimistischer Einflüsse gelangen könnte, halte ich für durchaus unbegründet.

Von gestern bis heute

Reichsminister Goebbels Dank an die Presse.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat der Presse seinen Dank ausgesprochen lassen für die Unterstützung, die die letzten Aktionen der Regierung sowohl die Veranstaltungen in Potsdam wie auch die Aktion gegen die Greuelmeldungen im Auslande, bei der Presse gefunden haben. Er hat bei weiterem beratigen lokalen Verhalten der Presse seinen Willen bekundet, die Freiheit der Presse weiter zu fördern.

Mörder eines Berliner SA-Führers verhaftet.

Am Juli v. J. wurden zwei Nationalsozialisten, der Standartenführer Kretz aus Reutheim und sein Adjutant, der Lehrer Dr. Rof aus Berlin, die sich in Köslin auf einer Propagandafahrt befanden, im Kösliner Gollerswald von Kommunisten mit Steinen beworfen, so daß sie mit dem Kabe verunglückten und beide den Tod fanden. Nunmehr ist es den Ermittlungen der Polizei gelungen, die kommunistischen Mörder dieser beiden zu fassen. Mehrere kom-

munistische Führer wurden verhaftet, außerdem der kommunistische Agitator Emil Zaeh aus Köslin, der bereits ein Beständnis abgelegt haben soll.

Ein Kommunist in Notwehr erschossen.

In der Grafenstraße in Hamburg wurden, wie die Polizeipressestelle mitteilt, Nationalsozialisten von Kommunisten tödlich angegriffen. Ein Nationalsozialist machte in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch und verletzte einen Kommunisten tödlich. — In einer Stahlhelm-Veranstaltung im Altonaer Hotel Kaiserhof wurden am Dienstag mehrere Kommunisten festgenommen, die Stahlhelmabzeichen trugen und sich so Zugang zu der Veranstaltung verschafft hatten.

Der Verband der Oberschlesienkämpfer löst sich auf.

Der Landesstützenverband Oberschlesien, eine Wehrganisation, die die Tradition des in Oberschlesien eingesehnen Selbstschutzes aus den Abstammungskämpfen pflegt und außerordentlich weite Verbreitung in der Provinz und Mitglieder aus sämtlichen Parteilagern hat, erklärt, wie die „Börs. Zeitung“ meldet, einen Aufruf, in dem er seine Selbstauflösung mitteilt.

Verhaftung deutscher Kommunisten in Schweden.

Zwei „Svenska Dagblad“ sind zwei deutsche Kommunisten in Göteborg eingetroffen, die sich der Polizei stellen. Sie behaupteten, Friz Henze und Walter Riese zu heißen, und erklärten, daß sie mit gefälschten Pässen geflohen seien, die sie von ihren Organisationen in Deutschland erhalten hätten. Die beiden Flüchtlinge behaupteten weiter, daß ein Verfahren wegen Hochverrats gegen sie schwebte. Die Polizei hat die beiden Kommunisten in Haft behalten.

Ein Attentat auf Mussolini vereitelt.

Die Polizei in Rom verhaftete in der Nähe des Palazzo Venezia ein verdächtiges Individuum, das einen geladenen Revolver bei sich trug. Der Festgenommene, ein gewisser Poggio, der im Jahre 1895 in Alexandria geboren wurde, erklärte, daß er die Absicht hatte ein Attentat auf Mussolini zu begehen. Beim Verhör stellte sich heraus, daß er geistig nicht normal ist.

Kleiner Weltspiegel

Wie die polnische Presse behauptet, ist in Nordpolen bei Suwalki eine terroristische Organisation aufgedeckt worden, die Züge zum Entgleisen bringen wollte. Zwei Mitglieder der Bewegung, die nach Ostpreußen fliehen wollten, seien festgenommen worden.

Der Ständige Internationale Gerichtshof wird unter dem Vorbehalt, daß inzwischen keine unerwarteten Ereignisse eintreten, am 5. April in einer öffentlichen Sitzung seine Entscheidung im dänisch-norwegischen Ostgrönlandkonflikt bekanntgeben.

Präsident Roosevelt hat angeordnet, daß die Gehälter der Regierungsbeamten ab 1. April d. J. um 15 Prozent gestürzt werden.

Sächsishe Nachrichten

Dresden, Wohnungsamt aufgelöst. Das Wohnungsamt wird mit Außerkräfttreten des Wohnungsmangelgesetzes Ende des Monats März aufgelöst. Die weiter benötigte Abteilung für Wohnungsbau und die Schiedsstelle für Hauserhaltung bleiben zunächst fortbestehen und werden dem Hochbauamt angegliedert.

Burgen, Brandstifter in der Kirche. Wie aus Streiten gemeldet wird, hörten nachts Einwohner der zwischen Ködnitz und Trebsen liegenden Kirche, daß ein Kirchenfenster in Trümmer ging. Da man gleich darauf aus der Kirche Lärm hörte, wurden von Einwohnern die Eingänge des Friedhofs und der Kirche besetzt. Bei der Durchsuchung traf man im Kirchenschiff einen Mann, der mit Benzin verschiedene Brandherde angelegt hatte. Der Verhaftete gibt an, der Steinarbeiter Hierich aus Langenrechenbach zu sein; er hatte einige Helfer, die vor der Kirche Schmiere gestanden hatten, die aber leider entkommen sind.

Leipzig, Zwei Stausen werden errichtet. In der letzten Sitzung des Kreditausschusses der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten ist, wie gemeldet wird, auch dem Antrag der Stadt Leipzig auf Gewährung von Mitteln aus dem Straßenbauprogramm zugestimmt worden, und zwar soll Leipzig 625 000 RM zugewiesen erhalten. Weiter wird die Errichtung eines Staulaues an der Weißen Elster bei Zwenkau und die Schaffung eines Staulaues im Flußbett der Pleiße bei Marktleiberg durchgeführt. Bei beiden Projekten, die zur Durchführung etwa 2,7 Millionen RM benötigen, dürften etwa 700 Arbeiter auf die Dauer eines Jahres Beschäftigung finden. Der Stausee wird sich in einer Länge von 1300 Meter und 600 Meter Breite und einer Tiefe von durchschnittlich 1,50 Meter zwischen Bösdorf und Hartmannsdorf erstrecken. Das Staulaue für die Pleiße dürfte nur eine Fläche von rund 20 000 Quadratmeter bedecken. Als Baubeginn ist Ende April in Aussicht genommen.

Burgläd, Aufklärung eines Mordes? Im Wald bei der Kreuzkirche wurden ein großer und zwei kleine Armeevolver gefunden; der große Revolver soll dem verstorbenen Kommunisten Schoedenbauer gehört haben. Die Revolverfunde werden in Zusammenhang gebracht mit dem Ueberfall auf ein Lastauto mit Sanitätern auf der Staatsstraße Limbach-Hartmannsdorf vor etwa einem Jahr, bei dem der Sanitäter Fleischer aus Laura durch die aus dem Hinterhalt gefeuerten Schüsse tödlich verletzt worden war. Die Täter konnten damals nicht festgestellt werden; jetzt wurden zur Klärung der Angelegenheit zwei Personen in Haft genommen.

Chemnitz, Politische Mordtat aufgeklärt? Der Kommunist Konjehny aus Lugau war vor etwa Jahresfrist angeklagt, den Mord an dem SA-Mann Thriemer aus Reuwiße begangen zu haben. Konjehny wurde seinerzeit nur wegen Körperverletzung und Aufruhrs zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt, die jedoch im Dezember 1932 unter die Amnestie fiel. Jetzt hat der eigene Sohn des Konjehny erklärt, sein Vater sei bestimmt der Mörder des Thriemer. Daraufhin wurde Konjehny erneut verhaftet.

Löbau, Zur Arbeitsbeschaffung. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Löbau verabschiedete das Arbeitsbeschaffungsprogramm für den Bezirk. Die erforderlichen 177 000 RM sollen von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in Berlin ausgenommen werden. Der Bezirksausschuß beschloß ferner, die Bemühungen der Stadt Baugen um Zurückverlegung der Kreishauptmannschaft nach Baugen zu unterstützen.

Kamenj. Der Bahnbau Schwepnig-Strahgräben, der seit langem erstrebt wird, soll demnächst begonnen werden. Bei den Arbeiten werden etwa 400 Erwerbslose als Rohstarbeiter beschäftigt werden. Die durch den Bahnbau erforderliche Regulierung der Schwarzen Elster und ihrer Nebengräben, deren Kosten auf 466 500 RM veranschlagt worden sind, wird zum größten Teil durch den freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden.

Chemnig. 75 Jahre Höhere Textilfachschule. Die Sächsische Höhere Fachschule für Textilindustrie zu Chemnig kann jetzt auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Die Jubiläumsfeierlichkeiten begannen mit einem Festkommers, dem neben den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden auch hervorragende Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft beiwohnten. Die eigentliche Festfeier fand in der feierlich geschmückten Aula der Schule in Anwesenheit von Oberbürgermeister Ullrich, Stadtverordnetenvorsteher Hänig, Oberbürgermeister Träger als Vertreter des Ministeriums, Regierungsrat Dr. Frauhold als Vertreter der Kreishauptmannschaft, Kommerzienrat Vogel als Vertreter der Industrie- und Handelskammer und zahlreicher Ehrengäste statt. Nach der Begrüßungsansprache von Stadtrat Dr. Böhm übergab Stadtbaurat Otto den neuen Erweiterungsbau der Anstalt in die Obhut der Stadt.

Keine Erstattungsansprüche an Hilfsbedürftige

Das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat beim Reichsarbeitsministerium die Forderung der Reichsgrundsätze über Boraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge angeregt, soweit sie die Erstattungsansprüche der Fürsorgestellen an die Hilfsbedürftigen und die Sicherheitsleistungen betreffen. Bis zu einer Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ist im Hinblick auf die gegenwärtige schwere Notzeit als vorübergehende Regelung folgendes vom Beauftragten des Reichskommissars für das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium bestimmt worden:

Erstattungen und Sicherstellungen sind von Hilfsbedürftigen nicht mehr zu fordern; bereits geltend gemachte Ansprüche sind nicht fortzusetzen. In schwebenden Verfahren ist, soweit nicht etwa eine Bahrung von Fristen in Frage kommt, Ruhen des Verfahrens zu veranlassen.

Freiwillige Meldung zum Wehrhalbjahr

Das Sächsische Ministerium des Innern gibt bekannt: Es ist vorgeschrieben, daß Abiturienten, die sich zum freiwilligen Wehrhalbjahr melden, der Meldung ein vom Bezirksarzt ausgestelltes Gesundheitszeugnis beizufügen haben. Dieses Zeugnis ist von den Bezirksärzten im öffentlichen Interesse kostenlos auszustellen.

Urlaub zum Turnfest und zum Militärvereinsjubiläum

Der Sächsische Militärvereinsbund feiert vom 7. bis 10. Juli 1933 in Dresden sein 60jähriges Bestehen, und die Deutsche Turnerschaft veranstaltet vom 22. bis 30. Juli 1933 ihr 15. Deutsches Turnfest in Stuttgart. Der Reichskommissar für Sachsen hat angeordnet, daß Urlaubsanträgen von Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen, soweit es die Dienstverhältnisse gestatten, zu entsprechen ist. Der erteilte Urlaub ist auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Den Gemeinden, Bezirks- und Zweckverbänden sowie den übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird empfohlen, in gleicher Weise zu verfahren.

Herstellung leichtverderblicher Konditorwaren an Sonntagen

Eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums bestimmt, daß an Sonntagen höchstens zwei Stunden leichtverderbliche Konditorwaren hergestellt und dabei erwachsene Arbeitnehmer beschäftigt werden dürfen. Gleichzeitig wird gestattet, daß leichtverderbliche Konditorwaren an Sonntagen während höchstens zwei Stunden ausgepackt werden dürfen. Die Anordnung gilt nicht für Festtage. Als Herstellung leichtverderblicher Konditorwaren gilt nur die Zubereitung von Creme-, Obst- und Eispeisen und von Schlagrahne sowie das Füllen von Backwaren mit diesen Speisen. Die Herstellung von Backwaren durch Backvorgänge irgendwelcher Art bleibt verboten.

Reichstagsabgeordneter Dobbert verhaftet

Dem „Reichner Tageblatt“ zufolge wurde der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dobbert wegen eines seinerzeit herausgegebenen Flugblattes, der Kommunisten von der Lippe sei Nationalsozialist gewesen, verhaftet.

Die Aktion gegen die Juden

Wie die Polizeibehörde mitteilt, sind in Zittau die Chape-Filiale und das jüdische Manufakturgeschäft Flich & Co. aus Gründen der öffentlichen Sicherheit bis auf weiteres geschlossen worden.

Vor dem Amts- und Landgerichtsgebäude in Görlitz verlangte eine Abteilung SA- und SS-Leute im Sprechsaal als Vergeltung für die vom Ausland aus betriebene Boykottpropaganda, daß die jüdischen Rechtsanwältinnen und Richter das Gebäude zu verlassen hätten. Im Zusammenhang mit dieser Aktion sammelte sich auf dem Platz eine große Menschenmenge an, die eine drohende Haltung einnahm. Daraufhin verließen die jüdischen Anwälte und Richter, insgesamt vier Personen, das Gebäude, wurden von der SA in Schutzhaft genommen und der Polizei übergeben.

Eingefrorene deutsche Guthaben im Ausland

Durch die Bemühungen der verschiedensten Stellen, insbesondere auch durch den Abschluß von Berechnungsabkommen der Reichsbank mit den ausländischen Nationalbanken, ist es gelungen, einen großen Teil der im Ausland eingefrorenen deutschen Guthaben aus Exportgeschäften allmählich flüssig zu machen. Immerhin sind die Summen, die auch heute noch uneinbringlich im Ausland liegen, recht bedeutend. Nach Schätzungen sollen in europäischen Ländern noch etwa 250 Millionen RM, in Südamerika noch weitere 300 Millionen RM deutsche Guthaben eingefroren sein. Die Außenhandelsstelle für Sachsen und Mittel- und Ostthüringen in Leipzig C 1, Tröndlinring 2a, hat sich im Auftrag der sächsischen sowie der ost- und mittelhörsingischen Industrie- und Handelskammern seit langer Zeit besonders den Aufgaben gewidmet, die mit der Auskunftserteilung und Beratung über die Verwertung eingefrorener Guthaben im Ausland und dem Abschluß von Warentauschgeschäften zusammenhängen. Sie steht den Firmen ihres Bezirks zu solchen Auskünften unentgeltlich zur Verfügung.

Die Siedlungsfrage in Sachsen

Im Sächsischen Wirtschaftsministerium fand eine eingehende Beratung über Siedlungsfragen statt, an der unter

Leitung von Ministerialdirektor Dr. Alen Vertreter des Wirtschaftsministeriums, der Landwirtschaftskammer, des Landfliegerverbandes und der Landsiedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim“ teilnahmen und bei der Dr. Winter aus der Staatskanzlei vertreten war. Sachberater war Reichsminister a. D. Freiherr von Banl, der auf dem Gebiet der Siedlung als einer der ersten Fachleute anerkannt ist. Es ergab sich eine sehr rege, interessante Aussprache über die für die Siedlung in Sachsen im Rahmen des allgemeinen Programms und unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse unseres engeren Vaterlandes vorhandenen Möglichkeiten.

Bei dem großen Raum, den die Agrarpolitik und insbesondere auch die Siedlungspolitik im Programm Adolf Hitlers zur Rettung der deutschen Wirtschaft einnimmt, war diese Aussprache in organisatorischer und technischer Beziehung von grundlegender Bedeutung für die zukünftige Gestaltung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens in Sachsen.

Erhaltung der Landeskultur und des Landschaftsbildes

Das Sächsische Wirtschaftsministerium erläßt in Verbindung mit dem Ministerium des Innern folgende Verordnung:

Bei den die Bodenkultur und den Straßen- und Wasserbau betreffenden Arbeiten werden vielfach zu ihrer Erleichterung alle sich hierbei als hinderlich erweisende Sträucher, Hecken und Bäume beseitigt. Hierbei wird häufig übersehen, daß dadurch viele nützliche Vögel, die wichtig für die Beseitigung von Pflanzenschädlingen sind, ihre Nistgelegenheit verlieren und damit in ihrem Bestand bedroht werden. Auch die Zahl der Gehölze, die als Bienenweide dienen, wird dadurch in unliebsamer Weise verringert. Ferner wird das Landschaftsbild durch die Beseitigung von Gehölzen häufig beeinträchtigt. Im Interesse der Landeskultur und des Landschaftsbildes werden daher die Besitzer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken aufgefordert, insoweit die für den Vogelschutz, die Bienenweide und für das Landschaftsbild wertvollen Gehölze zu erhalten, und, soweit gewisse Maßnahmen ihre Beseitigung verlangen, für ihren Ersatz an anderen geeigneten Stellen besorgt zu sein. Kahl- und Decksflächen, Feld-, Weg-, Leich-, Fluß-, Graben- und Waldränder, Böschungen, Schutthalde, aufgelassene Steinbrüche, Kies-, Sand- und Tongruben kommen für solche Ersatzpflanzungen häufig in Betracht.

Bei Anlegung und Unterhaltung öffentlicher und privater Verkehrswege, Grünflächen, Gartenanlagen, Sport- und Spielplätze, Friedhöfe, sonstiger Grünflächen usw. sollte ebenfalls den Erfordernissen des Vogelschutzes und der Bienenweide durch Anpflanzung geeigneter Gehölze soweit als möglich Rechnung getragen werden.

Die Staatlichen Hauptstellen für Pflanzenschutz haben in Gemeinschaft mit dem Ausschuss für allgemeinen Vogelschutz Richtlinien aufgestellt, deren Beachtung bei der Erhaltung und Neuanpflanzung von Sträuchern, Hecken, Bäumen usw. zum Zweck der wirtschaftlichen Vogelschutz empfohlen wird. Die Richtlinien können von der Staatlichen Hauptstelle für landwirtschaftlichen Pflanzenschutz in Dresden-A. 16, Stübelsallee 2, oder der Staatlichen Hauptstelle für gärtnerischen Pflanzenschutz, Billnig a. b. Elbe, oder der Staatlichen Hauptstelle für forstlichen Pflanzenschutz in Tharandt gegen Einzahlung des einfachen Briefportos bezogen werden. Diese Hauptstellen erteilen auch gegen Erstattung des Portos für die Anfertigung weiterer kostenfreier Auskünfte. Ebenso gibt die Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen, Dresden-A. 1, Sidonienstraße 14, kostenfreie Auskünfte über die für die Bienenweide geeigneten Gewächse, Sträucher und Bäume.

Luzimord an einem Ahtjährigen

Auf dem Boden eines Hauses in Delitzsch fand man die Leiche eines achtjährigen Knaben im Heu vergraben; es liegt ein Sexualmord vor. Der Täter, ein 18 Jahre alter, gewiß nicht normaler Mensch, wurde festgenommen. Auch seine Eltern wurden verhaftet, da sie als Mitwisser in Frage kommen. Die Tat wurde im Schlafzimmer des Burschen begangen und mit bestialischer Rohheit ausgeführt.

Bei dem Opfer handelt es sich um den achtjährigen Heinz Eberesniak und bei dem Täter um den arbeitslosen Steinreicher Streipart, der erst nach Stundenlangem Verhör gestand, die Tat ausgeführt zu haben; er habe in einer Art Kaufschändel. Die Ermittlungen ergaben, daß Streipart seinen Heinz mit Süßigkeiten an sich gelockt hatte. In der Küche war es nach den Angaben des Täters zu einem Streit gekommen, worauf der Bursche den Jungen mit einem Feuerzaken erschlagen habe. Da die polizeilichen Feststellungen ein diehisches Vorgehen Streiparts erkennen lassen, wird einer Schilderung des Wortes wenig Glauben geschenkt. Die Mutter des Täters, die ohne Zweifel bei der beschränkten Räumlichkeit der Wohnung von den Vorgängen etwas gehört haben muß, wird dadurch noch belastet, daß sie die Stellen, an denen sich Blutspuren zeigten, während der Nacht feuerte. Die Polizei nimmt an, daß Streipart auch den Einbruch in die Friedhofskapelle im vergangenen Jahr verübte, bei dem eine Leiche in nicht wiederzugebender Weise geschändet worden war.

Gautagung der NSDAP

Vom NS-Pressedienst Gau Sachsen wird mitgeteilt: Gauleiter Rutschmann versammelte seine politischen Unterführer und Amtswalter zu einer Gautagung im Sächsischen Landtag, um der politischen Organisation, die neben der SA den Hauptteil an der schweren und opfervollen Arbeit der letzten Jahre getragen hat, die Richtlinien für die Weiterarbeit auszugeben. Im Vordergrund seiner Ausführungen stand immer wieder der Leitsatz: Das Rückgrat der Regierung der nationalen Erhebung muß für immer die straffe politische Organisation der NSDAP bleiben; sie ist der Hauptträger des Kampfes gewesen und muß es auch in Zukunft bleiben. Wenn auch erst durch das bevorstehende Gleichschaltungsgezet durch den neu zusammengeführten Sächsischen Landtag eine endgültige Regierungsform vorgegeben werden kann, die selbstverständlich einzig und allein nach den Anordnungen Adolf Hitlers besetzt und gestaltet werden wird, so gebietet es die Dankpflicht, der vorläufigen kommissarischen Sächsischen Regierung Anerkennung für ihre vorbereitende Arbeit auszusprechen.

Es ist selbstverständlich, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht etwa im Staat ausgeht, sondern nach wie vor auf eigenen Füßen ihre Arbeit getreu ihrer Tradition fortsetzt.

Der stellvertretende Gauleiter und Führer der Landtagsfraktion, Dr. Frisch, ermahnte die Amtswalter, die organisatorische Arbeit mit aller Energie vorwärts zu treiben und gab Richtlinien zur Ausgestaltung des heute bereits außerordentlich umfangreich gewordenen Parteiapparates. Ein einheitlicher Wille und das Bewußtsein aller Amtswalter, stets und an jeder Stelle die Pflicht getan zu haben, herrschte die Tagung, die von einem unbegrenzten Vertrauen der sächsischen politischen Amtswalter der NSDAP zu ihren bewährten Gauleitern, Martin Rutschmann, getragen war. Die wenigsten werden es heute noch voll erkennen können, was es hieß, in der wilden Zeit eines Max Holz und des roten Zeigener-Regiments Kämpfer Adolf Hitlers zu sein. Wenn diese gewaltige Arbeit heute von Erfolg gekrönt ist und wenn der Gau Sachsen der NSDAP von jeher an der Spitze der Bewegung im Reich marschierte, wenn es gerade der Gau Sachsen war, der stets die ersten großen, für das Schicksal des ganzen Reiches entscheidenden Siege errang, dann ist das das historische Verdienst des bewährten Gauleiters Martin Rutschmann, diese Leistung vollbracht zu haben.

Die Säuberung der Arbeitsämter

Vom Kommissar für das Landesarbeitsamt und die Arbeitsämter im Lande Sachsen wird folgendes mitgeteilt:

Die Bekanntgabe der Ergebnisse des ersten Schrittes der Reinigungsaktion in der sächsischen Arbeitsämtern hat vielfach den Glauben erweckt, als ob von heute auf morgen zahlreiche Stellen in den Arbeitsämtern neu zu besetzen wären. Dem Kommissar und seinem Vertrauensmann beim Landesarbeitsamt Sachsen, Regierungsrat Dr. Handritz, sind aus allen Teilen Sachsens derart viele Bewerbungsschreiben zugegangen, daß beide sich außer Stande sahen, jedem einzelnen Einsender schriftlich zu antworten. Es wird daher ersucht, von der Einreichung weiterer Bewerbungen abzulassen. Die Reinigung der einzelnen Arbeitsämter erfolgt nach den Grundrissen der nationalen Regierung. Es sind alle Maßnahmen getroffen, daß sachlich geeignete Personen, die sich im Erhebungskampf besonders hervorgetan haben, bei der Neubeseitigung berücksichtigt werden.

Berschiedene Verbände versuchen auch, unter ihren Mitgliedern den Anschein zu erwecken, als ob dieser oder jener Verband ein besonderes Anrecht und eine besondere Bevorzugung bei Neueinstellungen zu erwarten habe. Es wird mit aller Entschiedenheit betont, daß auch hier nur nach den Grundrissen der nationalen Regierung verfahren wird.

Der Kommissar gibt zugleich die Zusicherung, daß unangerechnete Entlassungen der Vergangenheit wieder gutgemacht werden sollen. In den einzelnen Arbeitsämtern sind zuverlässige Vertrauensleute ernannt worden, die in dieser Hinsicht die örtlichen Verhältnisse einer genauen Prüfung zu unterziehen haben.

Die Deffnung der Gewerkschaftshäuser

Zur Ausführung der Verordnung des Reichskommissars für das Land Sachsen über die Wiederaufnahme der Arbeit in den Gewerkschaftshäusern vom 25. März 1933 hat der Beauftragte des Reichskommissars für das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium folgendes bestimmt:

1) Die Bestimmungen dieser Verordnung finden zunächst nur auf diejenigen gewerkschaftlichen Organisationen Anwendung, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angehören. Die Anwendung auf andere gewerkschaftliche Organisationen bleibt vorbehalten.

2) Die Verpflichtungserklärungen nach Ziffer 2 und 3 der Verordnung sind abzugeben; in den Großstädten Dresden, Leipzig, Chemnig und Zwickau gegenüber den bei den Kreis- und Hauptmannschaften ernannten Kommissaren, im übrigen bei den für die Amtshauptmannschaften ernannten Vertrauensmännern. Sie sind zu unterzeichnen von den Bezirksleitern für ihren Bereich, von den Bevollmächtigten der Geschäftsstellen und den Vorsitzenden der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bei den übrigen gewerkschaftlichen Organisationen von den entsprechenden verantwortlichen Personen.

3) Die Bestimmungen unter Ziffer 6 der Verordnung finden auch auf die Verwaltungsstellen der gewerkschaftlichen Organe (Sitzung der Bezirksausschüsse und Ortsausschüsse, der Bezirkskommissionen, der Verwaltungsstellen) Anwendung.

Die Gemeindefeuern für 1933

Nach der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 18. März 1933 sind die Mindestsätze der Gemeindefeuern vom 1. April 1933 an beseitigt, neue Höchstsätze festgesetzt und die bisher geltende „Biersteuerperre“ aufgehoben worden. Die Gemeinden und Bezirksverbände können daher die Steuerföhe senken, ohne künftig an eine Mindestgrenze gebunden zu sein; sie können andererseits bei schlechter Vermögenslage die Steuer bis zu den künftig geltenden Höchstsätzen (bei Einfachbier 3,75 RM, bei Schanbier 4,50 RM, bei Vollbier 6 RM, bei Starkbier 9 RM) erhöhen oder, wo sie bisher noch nicht erhoben wurde, neu einführen.

Durch die gleiche Verordnung ist die Realsteuerperre insofern gelockert worden, als die Gemeinden die Grund- und Gewerbesteuerzuschläge bis zu einem Fünftel über Landesdurchschnitt (d. i. in Sachsen 135 v. H. der Staatssteuerföhe) erhöhen können. Für Sachsen ist jedoch durch Verordnung des Ministeriums des Innern eine solche Erhöhung nur bis zu 150 v. H. der Staatssteuerföhe zugelassen worden. Diesen in den meisten Gemeinden bisher schon geltenden Steuerföhe zu überschreiten, verbot die Rücksicht auf die notleidende sächsische Wirtschaft.

Ueber die Fiktive Steuer ergeht demnächst eine besondere Verordnung des Gemeindefeuernministeriums, die voraussichtlich besondere ortsgesetzliche Beschlüsse hierzu erübrigen wird. Der Erlaß dieser Verordnung wird daher von den Gemeinden zunächst abzuwarten sein.

Gewährung von Instandsetzungszuschüssen

Nach den Reichsbestimmungen vom 17. September 1932 müssen die Instandsetzungs- und Umbauarbeiten, für die Reichszuschüsse gewährt werden können, vor dem 1. April 1933 begonnen und spätestens am 1. Juli 1933 vollendet sein. In einer Anzahl von Fällen kann der Zeitpunkt für den Beginn der Arbeiten nicht mehr eingehalten werden. Der Reichsarbeitsminister hat daher bestimmt, daß die Arbeiten vor dem 1. Juni 1933 begonnen und spätestens am 1. September 1933

